

Reader zur Fachtagung

WER HAT MUT VORM BRAUNEN MANN?

Die Herausforderungen zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

agjt Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Sachsen e.V.

Anstelle eines Vorworts...

Die Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit

„Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines Anderen zu bedienen“, schreibt Immanuel Kant in seiner berühmt gewordenen Antwort auf die Frage, was denn Aufklärung sei, 1784 in der berlinischen Monatsschrift. Diese Mündigkeit muss erlernt werden, Kinder müssen „Denken lernen“, wie der Königsberger Philosoph an anderer Stelle schreibt. Zweieinhalb Jahrhunderte nach Kants Überlegungen sollte es eigentlich Konsens sein, dass dieses „Denken lernen“ nicht nur Voraussetzung für die Weiterentwicklung und die Förderung demokratischen Zusammenlebens ist, sondern dass ein solches „Denken lernen“ selbst als demokratischer Zusammenhang organisiert und erfahren werden muss. Daher braucht es der öffentlichen Bereitstellung entsprechender Erfahrungs- und Erkenntnisräume, in denen sich Kinder und Jugendliche in Bezug zur Welt und zu sich selbst ausstatten können. Die Ermöglichung von Mündigkeit ist also eine (sozial)politische und zugleich eine (sozial)pädagogische Aufgabe. Sozial- und Bildungspolitik kommt die Aufgabe zu, eine entsprechende soziale Infrastruktur bereit zu halten. Aufgabe der (Sozial)Pädagogik ist es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, diese Infrastruktur als Erfahrungs- und Erkenntnisräume auszugestalten. Das macht oft auch eine Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Interessengruppen nötig – beispielsweise mit Nachbarschaften, die die Einrichtung einer sozialpädagogischen Wohngruppe ablehnen oder Kommunalpolitikern, die ein aufsuchendes Angebot für heroinabhängige junge Frauen und Männer nicht in „ihrer Stadt“ haben wollen. Aufgabe der (Sozial)Pädagogik ist es eben auch, zu skandalisieren, wenn Erkenntnis- und Erfahrungsräume für die nachwachsende Generation nicht oder nur unzureichend bereit gestellt werden. Dies ist zunehmend der Fall.

Seit März 2008 gibt es in der AGJF Sachsen die Fortbildungsreihe „Wer hat Mut vorm braunen Mann? Die Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit“, welche vom Weltoffenen Sachsen (WOS) gefördert wird. Das Projekt möchte die politische Verantwortung in der Jugendarbeit als unverzichtbaren Bestandteil eines professionellen Selbstverständnisses bewusst machen und stärken.

Insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann sich Jugendarbeit dieser Verantwortung nicht entziehen. Im Sinne der Bielefelder Erklärung geht es in dem Projekt darum, für eine Pädagogik der Aufklärung zu streiten.

Kinder und Jugendliche müssen im Sinne einer solchen Pädagogik als mündige Personen in einem demokratischen Zusammenhang verstanden werden. Politisch ist daher für eine generelle Verfügbarkeit notwendiger Erfahrungs- und Erkenntnisräume zur Bildung und Teilhabe zu kämpfen, statt das Programm einer zunehmenden Disziplinierung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bedienen. Pädagogik und Politik müssen sich entscheiden. Denn auch das wusste Kant bereits: „Der Mensch kann entweder bloß dressiert, abgerichtet, mechanisch unterwiesen oder wirklich aufgeklärt werden.“

(Kursives aus: Pädagogik der Aufklärung statt Disziplinierung der Unterprivilegierten, Bielefelder Erklärung, Februar 2008).

Diese Broschüre dokumentiert Tagungsbeiträge und weiterführende Texte der Fachtage „Was tun?! Pädagogische Ansätze für eine politische Verantwortung in der Jugendarbeit“ vom 03. November 2008 in der FH Mittweida/Rosswein und „Glatzen und Reenes waren gestern (?) Zwischen Black Block, Disko und Dirndl. Mädchen und Jungen in der rechten Szene“ vom 11. Dezember 2008 in der Evangelischen Akademie Meißen. Eine weitere Broschüre der Fachtagung vom 23./24. Mai 2008 „Die Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit“ kann über die AGJF Sachsen e. V. bezogen werden.

Kontakt: AGJF Sachsen e. V., Projekt „Wer hat Mut...“
0371/533 64 20, Fax: 0371/533 64 26 E-Mail: mut@agjf-sachsen.de

INHALTSVERZEICHNIS

Herausforderung Rechtsextremismus - Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Interventionen / Albert Scherr.....	07
Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen - Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik / Michaela Köttig.....	15
Interview Pro Jugend / Freital.....	21
Mitwirkung und Partizipation – wollen Jugendliche das überhaupt? / Klaus Farin.....	23
Interview Alte Brauerei e.V. / Annaberg	31
Das Saubandenspiel - Ein antifaschistisches Plan- und Aktionsspiel für Jugendliche ab 14 Jahren / Ralf Brinkhoff.....	33
Interview Chemnitzer Fanprojekt / CFC.....	37
Welche Ansätze und Strategien bieten sich für die Arbeit mit rechtsorien- tierten Mädchen (und Jungen) an? / Simone Kruschwitz.....	39

Herausforderung Rechtsextremismus - Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Interventionen

Albert Scherr

Die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Bemühungen, die seit Beginn der 1990er Jahre in dem Interesse unternommen wurden, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, legen meines Erachtens zwingend die Diagnose nahe, dass ein grundlegender strategischer Paradigmenwechsel erforderlich ist: Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus muss als eine Aufgabe begriffen werden, für deren Bewältigung zeitlich befristete Programme, außerschulische Jugend- und Sozialprojekte sowie zivilgesellschaftliche Initiativen zwar unverzichtbar, aber zugleich unzureichend sind. Erforderlich ist es vielmehr, dass die zentralen gesellschaftlichen Institutionen die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb und außerhalb des eigenen institutionellen Kontextes als dauerhaften Bestandteil ihres Kernauftrags anerkennen und darauf ausgerichtete Maßnahmen in ihre Regelstrukturen implementieren.

Denn Rechtsextremismus stellt im Kern eine Zuspitzung fremdenfeindlicher, rassistischer und antidemokratischer Tendenzen dar, die sich für einen relevanten Bevölkerungsteil als plausible Antwort auf die Verwerfungen und Krisen darstellen, die mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel in Richtung auf einen globalisierten High-Tech-Kapitalismus einhergehen. Rechtsextremismus kann folglich nicht hinreichend als ein vermeintlich eindeutig abgrenzbares Einstellungssyndrom bzw. als von der demokratischen Mitte fraglos unterscheidbare politische Bewegung mit zweifelsfrei zurechenbaren Organisationen sowie einer eng begrenzten Zahl von Mitgliedern und Anhängern „bekämpft“ werden.

Im Interesse der langfristig anzugehenden Herausforderung, den Prozess der Tradierung von Vorurteilen, Mentalitäten und Überzeugungen, die den Resonanzboden des Rechtsextremismus darstellen, zu unterbrechen sowie gegen die Entwicklung und Verbreitung moderner Varianten rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologeme und Ideologien vorzugehen, sind insbesondere institutionelle Reformprozesse sowie eine gesellschaftspolitische Bildungsarbeit erforderlich, die auf die Ermöglichung der Erfahrung eines gleichberechtigten Zusammenlebens von Einheimischen und Migranten bzw. von Mehrheit und Minderheiten ausgerichtet sind. Als Leitorientierung für hierauf ausgerichtete Anstrengungen eignet sich eine Anti-Diskriminierungsstrategie, die sich offensiv mit der Verschränkung von sozioökonomischen Ungleichheiten und Machtverhältnissen mit Ungleichheit und Ungleichbehandlungen begründenden bzw. rechtfertigenden Vorurteilen, Feinbildern und Ideologien auseinandersetzt

(s. dazu Hormel/Scherr 2005).

Die damit knapp zusammengefassten Überlegungen reklamieren einen Handlungsbedarf, der hier ebenso wenig für die unterschiedlichen institutionellen Teilbereiche - also etwa für die Schulen und Hochschulen, die Kirchen und die Gewerkschaften - ausbuchstabiert werden kann wie für die Einwanderungs-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Die weiteren Überlegungen beschränken sich deshalb darauf, die Behauptung der Notwendigkeit eines solchen Paradigmenwechsels vor dem Hintergrund vorliegender Analysen über die Erfolge und Misserfolge bisheriger Maßnahmen der Rechtsextremismusbekämpfung (siehe dazu u.a. Scherr 2001; Lynen von Berg/Roth 2003; Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007) mit einigen Hinweisen zu plausibilisieren.

1. Was wirkt gegen Rechtsextremismus?

Die gesellschaftspolitische, sozialwissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit dem neueren Rechtsextremismus kann auf eine inzwischen ca. 15jährige Tradition zurückblicken, auf eine Tradition, die eine Fülle an programmatischen Erklärungen, konzeptionellen Entwürfen und kritischen Analysen zu den Erfordernissen, Möglich-

keiten und Grenzen unterschiedlicher Interventionsansätze umfasst. In Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus wurden wiederkehrend erhebliche Mittel investiert und dies hat zur Entwicklung einer Vielzahl pädagogischer Modelle und Konzepte beigetragen. Der Blick in das Bücherregal und in Projektdatenbanken lässt es zu, in Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der sozial- und erziehungswissenschaftlichen Fachtheorie sowie der pädagogischen Fachpraxis erhebliche Erfolge zu bilanzieren: Die wissenschaftliche Fachdiskussion über interkulturelle und antirassistische Pädagogik sowie über Menschenrechtspädagogik und Demokratiepädagogik hat eine Fülle von Publikationen hervorgebracht. Die noch Anfang der 1990er Jahre zu beklagende Provinzialität der Diskurse ist weitgehend überwunden, denn relevante internationale Fachdiskussionen, etwa aus dem Bereich der Rassismusforschung und der Multicultural Education, sind inzwischen rezipiert worden. Für die Pädagogik gegen Rechtsextremismus ist auch keineswegs ein prinzipielles Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis zu konstatieren, wie es mit guten Gründen immer wieder beklagt wird: In zahlreichen Projekten und Modellen wird deutlich, dass und wie sich pädagogische Praxis theoretisch begründen lässt und auf dieser Grundlage konzeptionell gestaltet werden kann (s. dazu exemplarisch die Beiträge in Reiberg 2006 sowie die dort enthaltene Übersicht zu relevanten Materialien). Für die Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus liegen differenzierte Konzepte vor, die sich keineswegs nur an Jugendliche mit einem hohen formalen Bildungsniveau richten, sondern auch für Auszubildende geeignet sind (s. etwa DGB-Bildungswerk Thüringen 2003).

Gleichwohl ist festzustellen, dass es nach Lage der Dinge nicht gelungen ist, eine Stabilisierung und Verfestigung des Rechtsextremismus zu verhindern und auch nicht, die Verbreitung ethnozentrischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen zu verringern. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass immer noch ca. 15% der Bevölkerung ein ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, die Zustimmung zu einzelnen Aspekten, die auf rechtsextreme Affinitäten hinweisen, liegt in den Befragungen deutlich höher (s. Stöss 2005; Decker/Brähler/Geißler 2006; Heitmeyer 2007).

So stimmen - um dies nur an zwei Aspekten zu verdeutlichen - 65% aller Befragten in der aktuellen Allbus-Studie der Aussage zu „Es wird Zeit, dass unter die nationalsozialistische Vergangenheit ein Schlussstrich gezogen wird“. Eine hohe Zustimmungsquote erzielen auch Aussagen, mit denen die soziale Distanz und ethnozentrische Einstellungen erhoben werden: Zwar erklären „nur“ 5,6% der Befragten, dass ihnen ein Italiener als Nachbar eher unangenehm wäre; in Bezug auf Türken äußern dies aber 39%, in Bezug auf Asylbewerber 47% und auch 13% in Bezug auf Juden.

Anteil derjenigen, denen eine Person aus der genannten Gruppe als Nachbar eher unangenehm wäre.

	Gesamt	West	Ost
Italiener	5,6%	4,8%	8,8%
Aussiedler	27%	27%	26,7%
Türke	39,3%	37,2%	49%
Asylbewerber	47,1%	46,7%	49,4%
Jude	13%	12,5%	14,6%

Solche Zahlen liegen auf einem vergleichbaren Niveau, wie es bereits Studien aus den 1980er und 1990er Jahren dokumentiert haben. Zudem waren in den zurückliegenden Jahren bekanntlich wiederkehrend Wahlerfolge rechtsextremer Parteien zu verzeichnen und das Niveau der Gewalttaten ist anhaltend hoch. Für einige Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, werden darüber hinaus die Ausbreitung einer

rechten Jugendkultur sowie durchaus erfolgreiche Versuche der NPD berichtet, sich in lokalen Kontexten zu verankern (s. Staud 2005; RAA Mecklenburg-Vorpommern 2007). Es besteht also durchaus kein Grund zur Beruhigung.

Die Frage, ob und ggf. wie die in Rede stehende Situation auf Erfolge und Misserfolge staatlich-politischer, zivilgesellschaftlicher sowie pädagogischer Versuche verweist, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, ist nun keineswegs verlässlich und einheitlich zu entscheiden. Denn es ist logisch unmöglich, die Frage, was gewesen wäre, wenn die Maßnahme X oder das Programm Y durchgeführt oder nicht durchgeführt worden wäre, in Hinblick auf einen komplexen Wirkungszusammenhang, für den die relative Gewichtung einzelner Wirkfaktoren nicht bekannt ist, rückblickend zu beantworten. Folglich kann die Frage nach den Erfolgen und Misserfolgen einer Pädagogik gegen Rechtsextremismus nicht verlässlich und vereindeutigend beantwortet werden.

Vorliegende empirische Studien, so die inzwischen publizierte Evaluation des CIVITAS-Programms fordern entsprechend zu einer differenzierten Einschätzung auf, die jeweilige lokale Kontexte und Spezifika berücksichtigt und würdigen die Erfolge der Förderung zivilgesellschaftlicher Gegenkräfte. Sie verbinden dies allerdings mit einer insgesamt eher skeptischen Einschätzung (s. von Berg/Palloks/Steil 2007: 30ff.): „Am Gewicht der Problemlagen gemessen, von denen lokale Gemeinwesen betroffen sind, greift der Ansatz ... zu kurz.“ Beklagt wird u.a. – und ich greife hier nur zwei Aspekte auf, die für die Thematik dieses Beitrags in besonderer Weise relevant sind - dass den geförderten Projekten der Bildungsarbeit und des zivilgesellschaftlichen Engagements „der Unterbau professionalisierter Regelstrukturen in Schulen, Jugendarbeit und Sozialer Arbeit fehlt, durch Überlastung blockiert oder nicht in Kooperationen eingebunden ist“ (ebd.: 342). Zweitens sei die offene Jugendarbeit, „wo sie überhaupt noch existiert, von massiven Kürzungen betroffen“ und durch das „Ausweichen auf ‚Ein-Euro-Jobs‘“ würden „minimale Fachlichkeitsstandards“ untergraben (ebd.: 341).

Damit ist – hier im Hinblick auf die neuen Bundesländer – eine für die gesamte Thematik meines Erachtens ganz zentrale Problematik angesprochen: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt nach wie vor – von der Strafverfolgung und dem Verfassungsschutz abgesehen – wesentlich in der Form immer wieder neuer und zeitlich befristeter Modellprojekte außerhalb der institutionellen Regelstrukturen. Dies hat durchaus eine Reihe von benennbaren Vorteilen: Befristete Modellprojekte sind vielfach relativ kostengünstig, sie setzen Engagement und Kreativität in erheblichem Umfang frei. Sie führen vielfach zu einer fachlichen Qualifizierung der mit ihrer Durchführung befassten Haupt- und Ehrenamtlichen. Ihre Nachteile überwiegen jedoch: In aller Regel gelingt es nicht, die erarbeiteten Modelle in eine Regelförderung zu überführen, was eine erhebliche Ressourcenverschwendung darstellt, den Aufbau professioneller Kompetenz verhindert oder zumindest erschwert und einen Zwang zu Pseudo-Innovationen impliziert. So ist es gegenwärtig wiederkehrend festzustellen, dass jüngere PädagogInnen bei Fachtagungen die gleichen Fragestellungen aufwerfen, die bei solchen Veranstaltungen auch vor 10 Jahren gestellt worden; dies verweist mit einiger Wahrscheinlichkeit auch darauf, dass ihre Vorgänger, die damals in Modellprojekten beschäftigt waren, deshalb nicht in der Lage sind, ihre professionelle Kompetenz weiterzugeben, weil sie gezwungen waren, sich zwischenzeitlich ein anderes Arbeitsfeld zu suchen.

Um das damit angesprochene Problem des Pseudo-Innovationszwangs etwas zu veranschaulichen, möchte ich eine Passage aus der aktuellen Ausschreibung des neuen Bundesmodellprogramms ‚Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie‘ (Programmbereich ‚Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention‘) zitieren. Dort heißt es unter dem Stichwort Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung (S. 3):

„Immer wieder zeigt sich, dass Fremdenfeindlichkeit ... durch fehlende Erfahrungen und Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft und durch die ungenügende Reflexion eigener Voraussetzungen und Vorannahmen befördert wird. Es ist daher wichtig, Angebote interkulturellen und antirassistischen Lernens zu entwickeln und zu fördern, die entsprechende Erfahrungen/Kontakte ‚auf gleicher Augenhöhe‘ ermöglichen sowie helfen, sie zu reflektieren und einzuordnen.“

Trotz einiger Skepsis gegenüber der hier vorgenommenen Konstruktion eines Zusammenhanges zwischen fehlenden Erfahrungen und Kontakten einerseits mit Fremdenfeindlichkeit andererseits stimme ich der Folgerung vorbehaltlos zu, dass es wichtig ist,

fachlich gut qualifizierte und professionell gestaltete Angebote interkulturellen und antirassistischen Lernens zu fördern; diesbezüglich besteht nun aber weniger ein Entwicklungsbedarf. Vielmehr muss es um eine flächendeckende Implementierung solcher Angebote gehen und darum, Fachkräfte zu einer fachlich fundierten und kompetenten Praxis zu befähigen, die die Fallen und die kontraproduktiven Effekte einer naiven interkulturellen und antirassistischen Pädagogik vermeidet. Erforderlich sind hierzu weniger Modellprojekte, sondern die Übersetzung des verfügbaren theoretischen und praktischen Wissens in die Regelstrukturen der außerschulischen und schulischen Pädagogik.

Denn „gute pädagogische Arbeit“ ist erstens eine solche pädagogische Arbeit, die professionellen Standards genügt und zweitens eine solche Arbeit, die diejenigen erreicht, die erreicht werden sollen und der dies drittens rechtzeitig gelingt. Denn im Fall bereits verfestigter rechtsextremer Überzeugungen sind die pädagogischen Einflussmöglichkeiten begrenzt, wie sich sozialisations- und lerntheoretisch unschwer zeigen lässt. Nimmt man also den präventiven Anspruch ernst, der bei Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus immer wieder aus guten Gründen deklariert wird, dann wäre eine gute pädagogische Praxis darauf verwiesen, dass antirassistische und interkulturelle Bildung, Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung alle diejenigen erreicht, die in der Gefahr stehen, problematische Einstellungen und Orientierungen zu entwickeln. D.h. aber notwendigerweise: Es bedarf einer Verankerung als Regel- und Querschnittsaufgabe insbesondere in der schulischen Erziehung und Bildung, aber auch in der Jugendarbeit und der beruflichen Bildung. Und dies erfordert weiter eine Implementierung dieser Thematiken in den Curricula der Ausbildung für pädagogische Berufe, einschließlich der Lehrerbildung.

Auf letzteres möchte ich hier etwas näher eingehen. Denn der Qualifizierungsbedarf und die Erfordernisse der Professionalisierung werden immer wieder unterschätzt.

2. Qualifizierungserfordernisse und Bildungsbedarf

Für eine professionelle Praxis in diesem Arbeitsfeld genügt es nicht, auf allgemeine pädagogische Kompetenzen zurückzugreifen. M.E. kommen zumindest spezifische Aspekte von Professionalität hinzu:

Erstens wäre zu erwarten, dass Pädagogen sich theoretisch fundiert mit der Thematik ‚Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit‘ befassen haben, also über ein mehr als diffuses Verständnis der einschlägigen Ideologien und Diskurse verfügen, aber auch über ein mehr als diffuses Verständnis demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien. Eine darauf ausgerichtete Qualifizierung ist aber in den einschlägigen Ausbildungsgängen gewöhnlich nicht vorgesehen.

Zweitens ist Professionalität in diesem Arbeitsfeld auf eine spezifische Form der Selbstreflexion verwiesen: Pädagogisches Handeln besteht bekanntlich darin, Arbeitsbündnisse mit Heranwachsenden einzugehen, die eine sachliche und eine persönliche Dimension haben; damit stellt sich die Frage, wie hinreichende Nähe sowie zugleich hinreichende Distanz gewährleistet, hergestellt und aufrechterhalten werden kann, um produktive pädagogische Arbeitsbündnisse zu ermöglichen. Diese Frage verknüpft sich mit inhaltlichen Fragen, wie auch in der Debatte um die akzeptierende Jugendarbeit und ihre paradoxe Anstrengung, persönliche Nähe und Akzeptanz mit inhaltlicher Distanz zu verbinden, deutlich wurde.

Eine solche, thematisch spezifische Professionalität entsteht nicht naturwüchsig. Sie setzt Qualifizierungsprozesse voraus, denen die einschlägigen Ausbildungsgänge vielfach nicht gerecht werden; deshalb wäre es, nicht zuletzt für die nunmehr neu anlaufenden Bundesprogramme anzustreben, dass Mindeststandards verpflichtender Fort- und Weiterbildung entwickelt und durchgesetzt werden.

Darüber hinaus ist m.E. eine Verankerung von Menschenrechtsbildung, antirassistischer und interkultureller Bildung sowie Diversity-Bildung in den Ausbildungsgängen für pädagogische Berufe und in den schulischen Curricula anzustreben (s. Hormel/Scherr 2005). Denn die Befähigung zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den Realitäten einer kulturell pluralisierten und sozial heterogenen Einwanderungsgesellschaft muss unter gegenwärtigen Bedingungen als Element des allgemeinbildenden Auftrags

der Schulen anerkannt werden. Damit ist eine Überlegung formuliert, die in England oder Kanada selbstverständlich und mit unterschiedlicher Akzentuierung auch umgesetzt wird, die in Deutschland aber kaum ernsthaft diskutiert wird und insofern utopisch klingt.

Dies ist der Fall, obwohl etwa die politisch-rhetorische Inanspruchnahme der Menschenrechte als Grundlage eines vermeintlich westlichen Wertekonsensus an Bedeutung gewonnen hat. Gleichwohl ist Menschenrechtsbildung, obwohl selbst ein deklariertes Menschenrecht, bis heute weder in den Curricula der pädagogischen Berufe vorgesehen, noch als relevantes Element des Unterrichts etabliert.

Dies hängt meines Erachtens mit einer immer noch einflussreichen Unterschätzung der Möglichkeiten und Erfordernisse einer substantiellen gesellschaftspolitischen Bildung zusammen, die selbst in aktuellen theoretischen Auseinandersetzungen mit der in Rede stehenden Thematik deutlich ist. So wird immer wieder, zuletzt erneut etwa in der bereits erwähnten CIVITAS-Evaluation und auch in der Ausschreibung der Bundesprogramme, wie auch im einflussreichen Forschungsverbund der Heitmeyer-Gruppe (Heitmeyer 2007) auf gesellschaftliche Ursachen von Rechtsextremismus bzw. „Menschenfeindlichkeit“ verwiesen. Dafür gibt es zweifellos gute, hier nicht im Einzelnen zu diskutierende Gründe. Unbestreitbar ist aber auch, dass die jeweiligen sozialen Bedingungen, etwa berufliche Unsicherheit, Armut oder Arbeitslosigkeit, sehr unterschiedlich politisch interpretiert werden können und dass es keine direkten und kausalen Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Rechtsextremismus gibt. Die Attraktivität rechtsextremer Deutungsangebote verweist folglich zunächst auf Tradierungsprozesse von Mentalitäten, Vorurteilen und Ideologien und damit auf Erfordernisse der gesellschaftspolitischen Bildung.

3. Grenzen pädagogischer Interventionen

Die Perspektive einer mittel- bzw. langfristig anzulegenden pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus habe ich im Bisherigen zentral als im Kern nicht reaktiv, sondern präventiv ausgerichtete Bildungsarbeit gefasst, insbesondere als eine politische und moralische Bildung, die Heranwachsende den Sinn demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien verständlich macht und sie zu einer Kritik rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und generell fremdenfeindlicher Deutungen, Diskurse und Ideologien befähigt. Denn Pädagogik kann Lernen ermöglichen, sie verfügt aber nicht über Technologien, die dazu geeignet sind, verfestigte, als Element der eigenen Identität verankerte und sozial gestützte Überzeugungen gegen den Willen ihrer Klientel zu verändern. Pädagogische Interventionen setzen voraus, dass Pädagogen als Fachkräfte anerkannt werden, die einem helfen, das zu lernen, was man lernen will – zumindest dann, wenn kein Rückzug zu den physischen und psychischen Zwangsmitteln der „schwarzen Pädagogik“ in Betracht gezogen wird. Mit dieser Akzentuierung wollte ich nun aber keine Gegenposition zu einer pädagogischen Arbeit mit rechten bzw. rechtsextremen Jugendszenen einnehmen, wie sie unter dem Titel ‚akzeptierende Jugendarbeit‘ entwickelt und praktiziert wurde (s. dazu Scherr 2000). Die gruppenpädagogische Arbeit mit rechten Szenen und Cliques kann ein wichtiges Element guter pädagogischer Praxis sein und sie ist dort unverzichtbar, wo sich eine rechte Jugendkultur herausgebildet hat und folglich die einzige Alternative zu einer solchen pädagogischen Arbeit darin besteht, diese Jugendlichen sich selbst zu überlassen und darauf zu hoffen, dass ihnen durch Polizei und Zivilgesellschaft erforderliche Grenzen gesetzt werden. Dies ist aber nicht nur rechtswidrig, denn das KJHG deklariert für alle Jugendlichen einen Anspruch auf Leistungen der Jugendarbeit - und dies ohne Gesinnungsvorbehalt. Zudem ist es, bei allen Schwierigkeiten die sich hier wie in vergleichbaren Fällen stellen, nicht akzeptabel, auf Versuche darauf hinzuwirken zu verzichten, dass aus Mitgliedern rechter Jugendcliques erwachsene Kameradschaftsmitglieder oder Parteiaktivisten werden. Über die diesbezüglichen Wirkungen akzeptierender Jugendarbeit ist mangels einschlägiger Forschung bislang wenig bekannt und die entsprechenden Arbeitsstrukturen sind nach dem Ende des AGAG-Programms in den neuen Bundesländern inzwischen weitgehend erodiert. Insofern ist m.E. die Frage nach den Erfordernissen und den Qualitätskriterien sozialpädagogischer Arbeit mit rechten bzw. rechtsextremen Jugendszenen erneut auf

die Tagungsordnung zu setzen – und dies möglichst jenseits der politischen Polarisierungen, die für diese in den 90er Jahren charakteristisch waren.

Dabei ist, und dies gilt für alle Formen pädagogischer Intervention, in Rechnung zu stellen, dass eine professionelle pädagogische Praxis sich nicht von Allmachtsphantasien leiten lassen kann, sondern von einem klaren Wissen über die Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten ausgeht und diese auch öffentlich und politisch artikuliert. So ist der Schutz von Bürgern vor Straftaten und Gewalt bekanntlich primär Aufgabe der Polizei, nicht der Pädagogik. Insofern ist Pädagogik gut beraten, sich in der Debatte über ihre Erfolge und Misserfolge nicht an den Daten der aktuellen Gewaltstatistik zu orientieren.

Diese sind für eine pädagogische Diskussion gleichwohl insofern relevant, als die rechtsextremen Gewalttäter von heute die Schule zu einem Zeitpunkt durchlaufen haben, als die Problematik des neueren Rechtsextremismus bereits offenkundig geworden war. Es wäre folglich durchaus interessant zu untersuchen, ob und in welchen Formen diejenigen, die gegenwärtig als Rechtsextreme in Erscheinung treten, Adressaten qualifizierter Maßnahmen einer präventiven gesellschaftspolitischen Bildung waren. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist gering.

Es lässt sich nun zwar nicht einschätzen, ob eine Implementierung entsprechender Bildungsangebote zu einer relevanten Verringerung der Verbreitung rechtsextremer Orientierungen und zu einer Reduktion des Gewaltniveaus geführt hätte. Aber es stellt zweifellos eine Unterlassungssünde dar, wenn noch mehr als 15 Jahre nachdem die Existenz der Problematik des neueren Rechtsextremismus deutlich wurde immer noch darauf verzichtet wird, die offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags anzuerkennen.

Literatur

Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

DGB Bildungswerk Thürigen (2003) Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit. <http://baustein.dgb-bwt.de>

Erb, Rainer; Minkenber, Michael (2007): Mit Gewalt zur Vernunft? Staatliche Repression und ihre Wirkungen auf den gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland. Wiesbaden

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2005): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Berlin (Bpb)

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin (Hrsg.) (2007): Interventionsfeld Gemeinwesenarbeit. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim und München

Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hrsg.) (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Op-laden

RAA Mecklenburg-Vorpommern (2007): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. Schwerin

Reiberg, Ludger (Hrsg.) (2006): Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft. Berlin (BpB)

Scherr, Albert (2000): Akzeptierende Jugendarbeit. Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen.: Deutsche Jugendinstitut (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeind-

lichkeit. - Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Leipzig, S. 9–20

Scherr, Albert (2001): *Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ; eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit.* Schwalbach/Ts.

Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.* Köln

Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um ein für die Veröffentlichung etwas überarbeitetes Vortragsmanuskript; der Stil des mündlichen Vortrags wurde weitgehend beibehalten und auf ausführliche Literaturverweise verzichtet.

Zu diagnostizieren ist jedoch auch, dass sich die Praxis keineswegs konsequent auf das verfügbare Wissen der Fachdiskussion bezieht.

Es gibt immer noch Projekte einer naiven interkulturellen Pädagogik und einer naiven Begegnungspädagogik, etwa mit dem Zuschnitt „Trommeln gegen Rechts“ – und das ist kein erfundenes Beispiel.

Prof. Dr. Albert Scherr,
Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Freiburg.
Arbeitsschwerpunkte sind Aspekte soziologischer Theorie, Theorien der Sozialen Arbeit;
Migration – Diskriminierung – Rassismus – Rechtsextremismus; Qualitativ-empirische
Bildungsforschung und soziologische Bildungstheorie sowie Jugendforschung.
<http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/>

Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen - Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik

Michaela Köttig

Das Thema Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Sozialarbeit mit der Einschätzung konfrontiert, dass dieser Bereich einen Nebenschauplatz darstellt. Konkreter ausgedrückt bedeutet dies: Es dominieren noch immer (Vor-)Urteile die Wahrnehmung, wie bspw. Rechtsextremistinnen können aufgrund ihrer geringen Präsenz vernachlässigt werden oder brauchen in ihren politischen Aktivitäten nicht ernst genommen zu werden, da sie weitgehend in der Funktion als Freundin oder Ehefrau auftreten. Diese Beurteilungen halten sich in vielen Bereichen beharrlich, obwohl Wissenschaftlerinnen bereits seit Beginn der 90er Jahre aufgrund ihrer empirischen Ergebnisse zu gegensätzlichen Aussagen kommen. So konnte aufgezeigt werden, dass Mädchen und Frauen in den unterschiedlichsten Kontexten des rechtsextremen Milieus – also sowohl in rechtsextremen Skinheadgruppen und Kameradschaften, in ultrarechtsextremen Gruppierungen und in rechtsextremen Parteien – in unterschiedlichsten Funktionen auftreten. Zudem wurde deutlich, dass Mädchen und Frauen mit sehr unterschiedlichen Rollenverständnissen und z.T. auch ‚emanzipativen‘ Lebensentwürfen im rechtsextremen Spektrum zu finden sind und ihre Vorstellungen in den politischen Diskurs der Gruppierungen einbringen (vgl. Bitzan 2001). Der Anteil von Mädchen und Frauen im rechtsextremen Spektrum ist zwar insgesamt geringer als der der Jungen und Männer, auf der Ebene der politischen Orientierungsmuster vertreten Mädchen und Frauen jedoch im gleichen bzw. in manchen Bereichen sogar in stärkerem Maß rechtsextreme Positionen.

In meinem Beitrag möchte ich zunächst darauf eingehen, welche Konsequenzen aus der jahr(zehnte)elangen Aufrechterhaltung dieser leicht zu widerlegenden Zuschreibungen an Rechtsextremistinnen ergeben, um daran anschließend die Wirkmechanismen aufzuzeigen, die dazu führen, dass sich junge Frauen in dieser Szene verorten. Zuletzt gehe ich skizzenhaft darauf ein, was diese Erkenntnisse für den Umgang mit Rechtsextremistinnen in der Sozialen Arbeit bedeuten. Basis meiner Aussagen bilden zum einen meine eigenen Untersuchungen (vgl. u.a. Köttig 2004), die Zusammenarbeit mit Kolleginnen des Forschungsnetzwerks Frauen- und Rechtsextremismus, sowie die Beobachtung der Szene.

Konsequenzen aus den Zuschreibungen an Rechtsextremistinnen

Eine der wichtigsten und umfassendsten Konsequenzen ist, dass die politische Dimensionierung der Handlungen von Mädchen und Frauen und das von ihren Aktivitäten ausgehende Gefährdungspotential noch immer weitgehend ‚übersehen‘ oder bagatellisiert werden. Einige Beispiele:

Rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten

Von Mädchen und jungen Frauen begangene Straftaten und gewalttätige Übergriffe werden selten geahndet. Ihre Beteiligung an solchen Taten wird ‚bagatellisiert‘ und verläuft – wenn überhaupt wahrgenommen und verfolgt – oft im Sande (vgl. Bitzan/Köttig/Schröder 2003). Die Ursache dafür ist das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Bild der ‚friedfertigen‘ Frau, d.h. Mädchen und Frauen werden oft nicht als Täterinnen wahrgenommen und dies schließt auch die Polizei und die Justiz, aber auch JournalistInnen, die über Taten berichten, mit ein. Hinzu kommt, dass in der Öffentlichkeit das Problembewusstsein für die Beteiligung von Mädchen oder Frauen noch kaum ausgeprägt ist. Da die Straf- und vor allem die Gewalttaten von Mädchen und jungen Frauen gerade auch von Verfolgungsbehörden seltener wahrgenommen werden, bleiben sie weitgehend ohne Konsequenzen, d.h. die Mädchen erleben keine Konsequenzen auf ihr ungesetz-

liches Handeln. Die Folge davon ist, dass Mädchen und Frauen auch nicht gezwungen werden ein Unrechtsbewusstsein gegenüber ihrem Handeln und gegenüber den Opfern zu entwickeln.

Die politische Einbettung

Darüber hinaus wird Mädchen und Frauen seltener überhaupt eine politische Positionierung – und noch viel seltener eine rechtsextreme – zugetraut, d.h. der politische Hintergrund der Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleibt oft unbemerkt. Und dies in allen nur erdenklichen Kontexten bspw. pädagogischen Miteinanders: Lehrerinnen, SozialarbeiterInnen in Jugendzentren, TeamerInnen von bspw. gewerkschaftlichen Seminaren und Fortbildungen usw. gehen davon aus, dass sich gerade in ihren Gruppen keine Rechtsextremistinnen finden. Und dies obwohl sie mittlerweile – gemäß der momentan propagierten Strategie der rechten Szene, der Unterwanderung aller gesellschaftlichen Bereiche – auftauchen.

Die Folge davon ist, dass auch keine politische Motivation hinter den Handlungen von Mädchen und Frauen vermutet wird. Die Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleiben dadurch unkontrollierter. Die rechtsextrem orientierte Szene setzt das Wissen darüber, dass bei Mädchen und Frauen weniger ein politisches Handlungsmotiv vermutet wird, mittlerweile strategisch für ihre Zwecke ein. So übernehmen es häufig weibliche Aktivistinnen, Räume für Veranstaltungen und Konzerte anzumieten, Demonstrationen anzumelden, Internetportale einzurichten, Vereine in Vereinsregister eintragen zu lassen, Konten zu eröffnen und vieles mehr. Sie übernehmen somit all jene Aufgaben, bei denen der politische Hintergrund zunächst im Verborgenen bleiben soll, damit die Aktivitäten durch die Öffentlichkeit nicht verhindert werden.

Professionelle Kontexte

In stationären Maßnahmen der öffentlichen Erziehung, wie Jugendheimen, Jugendwohngruppen etc. gelingt es den Mädchen und jungen Frauen entweder ihre politischen Orientierungs- und Handlungsmuster in diesen Einrichtungen zu verbergen, oder ihre politischen Haltungen scheinen in den Einrichtungen weitgehend ignoriert zu werden.

Es ist sehr interessant zu erkennen, welche Strategien Rechtsextremistinnen einsetzen, um zu verhindern, dass ihre politische Orientierung in den Einrichtungen bemerkt wird. Da die jungen Frauen in diesen Fällen ihre Aktivitäten weitgehend nach außen verlagern, dürften es Sozialarbeiter/innen es in diesen Fällen schwer haben, die politischen Orientierungen der Mädchen und jungen Frauen aufzudecken.

Daneben gibt es jedoch viele Fälle, in denen die jungen Frauen mit ihrer politischen Verortung weit weniger hinter den Berg halten und es für BetreuerInnen zumindest möglich wäre, dem auf die Spur zu kommen. So ließen die jungen Frauen Szenematerial und Bücher offen in ihren Zimmern liegen, sie übten mit ihren rechten Bands in Räumen der Jugendheime, Außenwohngruppen wurden zu Treffpunkten rechter Kameradschaften – um nur einige Beispiele zu nennen. In einem Fall ging dies sogar soweit, dass eine Einrichtung ihre Zustimmung für Filmaufnahmen in ihrer Einrichtung gab. Es handelte sich dabei um eine Fernsehdokumentation in der junge Frau als Landessprecherin einer rechtsextremen Partei vorgestellt wurde.

Dies führte bei den von mir interviewten Mädchen und jungen Frauen dazu, dass sie in den Phasen ihres Lebens, in denen sie in öffentlichen Einrichtungen untergebracht waren, ihre rechtsextrem orientierten Aktivitäten ausweiteten und ihre rechtsextreme ideologische Orientierung sich deutlich festigte.

Ebenfalls in beruflichen und studentischen Kontexten bleiben Rechtsextremistinnen oft unerkannt. Das intendierte Berufsspektrum meiner Interviewpartnerinnen erstreckt sich von Erzieherinnen über Sozialarbeiterinnen hin zu Geschichtslehrerinnen und zu Juristinnen. Das heißt im Pädagogik- und Sozialwesenstudium und auch in anderen sozialwissenschaftlichen Fächern sind Rechtsextremistinnen vertreten. Ihr politischer Hintergrund wird nur in seltenen Fällen aufgedeckt. Rechtsextreme Aktivistinnen wählen ihre Berufe mit dem Ziel, rechte Ideologie in die Gesellschaft zu tragen und vor allem auch in den nachfolgenden Generationen nationalsozialistisches Gedankengut zu festigen. In der Ausbildung zur Erzieherin oder im Sozialwesenstudium ist bisher kein Bewusstsein

gegenüber diesem Problem zu beobachten – d.h. bisher können angehende Erzieherinnen in Kindertagesstätten Praktika absolvieren, ohne dass eine politische Motivation in ihrem Tun vermutet wird.

Familiengeschichtliche und biographische Hintergründe der Verortung in der Extremen Rechten

Die Verortung in der extremen Rechten kann als prozesshafter Verlauf der Hinwendung beschrieben werden. Diese Verortung basiert dann auf sehr tief greifenden Erfahrungen und Entscheidungsprozessen. D.h. es ist nicht zufällig, wenn sich eine junge Frau der rechtsextremen Szene zuwendet, schon gar nicht wenn sie darin über einen längeren Zeitraum verbleibt. Den Hintergrund der Verortung in der rechtsextremen Szene bildet ein wechselseitiges Zusammenwirken schwieriger biographischer Erlebnisse, ‚unbearbeiteter‘ familiengeschichtlicher Themen und stützender sozialer Rahmenbedingungen, die sich in einem lebenslangen Prozess entwickeln. Die von den Mädchen und jungen Frauen exponiert vertretenen und ausgelebten rechtsextrem orientierten Handlungs- und Orientierungsmuster sind auch nicht irgendwelche, sondern sie sind eng mit Ereignissen aus der Familienvergangenheit und Erfahrungen im eigenen Leben verbunden.

Was bedeutet das nun konkret? Zunächst einmal: Es ist überhaupt nicht zufällig, wenn sich junge Frauen der rechtsextremen Szene zuwenden. Und die Herausbildung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster sind weder ausschließlich an eine Erfahrungsdimension gebunden, noch kann ein einmaliges Erlebnis ausschlaggebend sein. Erst durch das Zusammentreffen und -wirken spezifischer Erfahrungen entwickeln und transformieren sich im Verlauf des Lebens rechtsextrem orientierte Haltungen. In diesem Prozess können zwar einzelne Dimensionen eine herausgehobene Rolle spielen, wie bspw. das Verwiesen-Sein auf eine rechtsextrem orientierte Gleichaltrigengruppe oder die Identifikation mit den Großeltern und deren vermittelte Botschaften. Die Verortung der Mädchen und jungen Frauen im rechtsextrem orientierten Milieu ist allerdings nicht ausschließlich darauf zurück zu führen, sondern in einem wechselseitigen Zusammenwirken von Erfahrungen unterschiedlicher Erlebenszusammenhänge begründet. Bedeutsam sind in dieser Entwicklung das Zusammenwirken von Erlebnisprozessen auf drei Ebenen, die immer gemeinsam auftreten, und zwar:

a) Die Ebene der familiengeschichtlichen Transformationen

Womit gemeint ist, dass familiengeschichtliche Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus, die in der Familie bisher nicht bearbeitet wurden, von den jungen Frauen – in der Regel weitgehend unbewusst – aufgegriffen werden.

b) Die Ebene der biographischen Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf die Elternbeziehungen

Damit ist gemeint, dass die mittlere Generation, also die Eltern der jungen Frauen in der Regel nur unzureichend ihrer elterlichen Verantwortung nachkommt. Ich konnte in dieser Hinsicht bisher zwei Muster herausarbeiten und zwar ist das eine Muster, dass die Mädchen extrem traumatisiert werden, das andere ist, dass sie in destruktive elterliche Bündnisse eingebunden werden, aus dem immer eine Person - in der Regel sie selbst oder der Vater - droht ausgegrenzt zu werden oder tatsächlich ausgegrenzt wird. Diesen beiden Varianten gemeinsam ist, dass die Identifikation mit den Eltern und mit deren Handeln kaum entwickelt werden kann bzw. widersprüchlich bleibt. Auffällig in diesem Zusammenhang ist zudem, dass die Biographinnen entweder ihre Mütter verlieren (d.h. sie sterben oder verschwinden) oder eine Solidarität mit ihnen und gegen ihre Väter aufbauen. Zudem zeigt sich, dass die Mädchen und jungen Frauen mit dem Einstieg und der Verortung in der rechtsextremen Szene auf problematische biographische Erfahrungen - und damit in der Regel destruktiven Elternbeziehungen – reagieren bzw. diese versuchen zu bearbeiten. Dies bedeutet, dass die rechtsextrem orientierten Haltungen und Aktivitäten thematisch ganz eng mit der Familien- und Lebensgeschichte verbunden sind. So zeigt sich bspw., dass das politische Argument ‚sexuelle Übergriffe, gehen weitgehend von ausländischen Männern aus, nicht von irgendeiner jungen Frau

vertreten wird, sondern von einer, die von ihrem Vater sexuelle Gewalt erleben musste und ihn zudem als ausländisch definiert.

c) Den sozialen Rahmenbedingungen

Das bedeutet einerseits, dass in vielen Gegenden der Bundesrepublik ‚Rechtsextreme‘ die Mainstream Jugendkultur darstellen, so dass die Mädchen und jungen Frauen über ein großes Angebot in ihrem sozialen Umfeld verfügen. Dies bedeutet jedoch auch – und dies habe ich bereits ausführlich dargestellt – dass Mädchen und junge Frauen in ihrer sozialen Umwelt kaum als politische Aktivistinnen wahrgenommen werden und sie so ihre politischen Aktivitäten ausweiten und ihre rechtsextremen Orientierungsmuster festigen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass der Rechtsextremismus von Mädchen und Frauen nicht einfach nur eine unbedeutende Spielart darstellt, die ungefährlich ist und sich von selbst erledigt, sondern, dass dahinter sehr vielschichtige und lebenslang aufgebaute Dynamiken stehen, die jeweils spezifisch sind. D.h. wenn wir diesen jungen Frauen wirkungsvoll begegnen wollen, gilt es diese Dynamiken zu verstehen und gezielte Angebote zu entwickeln.

Konsequenzen für die Soziale Arbeit

Was bedeutet dies nun konkret für die Gestaltung der Angebote in der Sozialen Arbeit mit Rechtsextremistinnen? Zunächst einmal ist eine früh angelegte Prävention entscheidend. Damit meine ich bereits im Kindergarten Angebote bereit zu halten, durch die das demokratische Bewusstsein der Kinder trainiert wird. Darüber hinaus schließt es eine genaue und fallspezifische Wahrnehmung der sozialen Umwelt, der Cliquen und der einzelnen zu betreuenden jungen Frauen ein. Hierbei ist vor allem wichtig, gegen die eigenen Urteile anzuarbeiten und in Mädchen und Frauen potentielle Rechtsextremistinnen zu sehen (vgl. Köttig 2008). Darüber hinaus ist es besonders wichtig, Veränderungen der äußeren Erscheinung und die von den Mädchen und jungen Frauen angesprochen Themen genau wahr- und ernst zu nehmen. Betreuende in der Sozialen Arbeit sollten die Bereitschaft zu einem tieferen Verstehen der zugrunde liegenden Wirkmechanismen in der Arbeit mit Rechtsextremistinnen mitbringen und ggf. auch bereit sein, zu einer langfristig angelegten Einzelfallarbeit mit Blick auf die sozialräumlichen, familiengeschichtlichen und biographischen Prozesse in der Vergangenheit und Gegenwart zu gelangen. Nur dadurch können Selbstverstehensprozesse angeregt (bspw. durch erzählgenerierende Gesprächstechniken, vgl. Rosenthal u.a. 2006) und auf den einzelnen Fall dezidiert abgestimmte Angebote dialogisch eingebracht werden (vgl. Köttig/Rätz-Heinisch 2005).

Literatur

Bitzan, Renate (2001): Zurücklehnen ist nicht.... Zur Involviertheit von Frauen in die rechtsextreme Szene; In: K(r)ampfer; H. 15; 6-9 und 26-31

Bitzan, Renate/Köttig, Michaela/Schröder, Berit (2003): Vom Zusehen bis zum Mitmorden. Mediale Berichterstattung zur Beteiligung von Mädchen und Frauen an rechtsextrem motivierten Straftaten; In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien; 21 Jg.; H. 2+3; S. 150-170

Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik; Gießen: Psychosozial-Verlag

Köttig, Michaela (2008): Gegenstrategien Jugendarbeit: Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen in der Offenen Jugendarbeit In: Molthagen, Dietmar/Klärner, Andreas/Krogel, Lorenz/Pauli, Bettina/Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch. Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie. Bonn: Dietz-Verlag, S. 258-267

Köttig, Michaela/Rätz-Heinisch, Regina (2005): „Potenziale unterstützen, Selbstverstehen fördern“. *Dialogische Biographiearbeit in der Kinder- und Jugendhilfe*. In: *SozialExtra*; 29. Jg.; H. 11; S. 16-20, online [HYPERLINK http://dx.doi.org/10.1007/s12054-005-0125-8](http://dx.doi.org/10.1007/s12054-005-0125-8) <http://dx.doi.org/10.1007/s12054-005-0125-8>

Rosenthal, Gabriele/Köttig, Michaela/Witte, Nicole/Blezinger, Anne (2006): *Biographisch-narrative Gespräche mit Jugendlichen. Chancen für das Selbst- und Fremdverstehen*. Opladen: Barbara Budrich

○ Dr. Michaela Köttig,
Sozialwissenschaftlerin an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit 2000 Mitarbeit im Forschungsnetzwerk Frauen im Rechtsextremismus und seit 2004 Stellvertretende Sprecherin der Sektion Biographieforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.
<http://www.uni-goettingen.de/de/sh/28239.html>

INTERVIEW

PRO JUGEND / FREITAL

1. Bitte stellen Sie kurz Ihre Einrichtung/Ihr Projekt vor!

Die Einrichtung ist 1998 aus der Jugendhilfeplanung entstanden. 1999 ist von den MitarbeiterInnen ein eigener Verein gegründet worden als Projektträger für die Mobile Jugendarbeit.

Bei uns arbeiten 10 MitarbeiterInnen, allerdings in Teilzeit. Alle KollegInnen sind ausgebildete SozialpädagogInnen.

Wir leben Demokratie selbst vor, da wir uns genauso selbstverwalten, wie die Jugendklubs mit denen wir arbeiten. Dieses Konzept entspricht unseren fachlichen Ansprüchen und unserem Selbstverständnis, welches wir in unserem Leitbild verankert haben.

Am Montag haben wir immer Teamsitzung, dort werden Entscheidungen ausdiskutiert und demokratisch abgestimmt.

Natürlich wäre es einfacher in einer Hierarchie zu arbeiten, dann hätten wir nicht diese vielen Debatten, aber auch nur wenige Beteiligungs- und Entfaltungsmöglichkeiten.

Wenn wir neue MitarbeiterInnen einstellen, achten wir darauf, dass der/diejenige fähig und willens ist in einem selbstverwalteten Verein zu arbeiten.

Das erste und immer noch wichtigste Projekt unseres Vereins war und ist die Mobile Jugendarbeit. Jetzt bieten wir zusätzlich erzieherische Hilfen und ein Bildungsprojekt zur Finanzkompetenz für Kinder und Jugendliche an.

Außerdem initiieren wir viele Demokratieprojekte unter dem Projekttitel „Respekt in allen Farben“. In diesem Rahmen werden z.B. Ausstellungen und politische Diskussionsrunden veranstaltet. Bei diesen Debatten können sich Jugendliche und Politiker auf Augenhöhe begegnen. Zu den Veranstaltungen kommen außerdem Vereine und Organisationen gegen Rechts, die sich präsentieren und mit denen wir ins Gespräch kommen.

Unsere AdressatInnen sind hauptsächlich Jugendliche im ländlichen Raum, aber auch Jugendliche im städtischen Bereich.

Wir erreichen viele Jugendliche die nicht in Vereine oder Organisationen (wie z. B. der Freiwilligen Feuerwehr) eingebunden sind. Allerdings sprechen wir nur ca. 20% Mädchen an, da für sie die Freizeitgestaltung in einem Jugendclub weniger attraktiv ist.

Nur wenige Jugendliche sind alternativ oder linksorientiert, vorwiegend arbeiten wir mit „normalen“ Jugendlichen die vor allem konservativ eingestellt sind, aber auch mit rechtsorientierten Jugendlichen.

Die Gründe für unsere Demokratieprojekte sind der Alltagsrassismus und die Vorurteile bei Jugendlichen.

Der Konservatismus und die dörfliche Kultur die sich abgegrenzt, stellen dabei einen guten Nährboden für diesen „Stammtischfaschismus“ bei jungen Menschen dar.

2. Ist Ihnen Ihre politische Verantwortung in der Jugendarbeit bewusst und wie wird sie in der Arbeit wahrgenommen/ kann sie wahrgenommen werden?

Uns ist unsere Verantwortung - von Anfang an- im ganzen Team bewusst.

Wir vertreten eine Grundhaltung und es ist uns wichtig fachlich und methodisch fit zu sein. Deshalb sind wir aktives Mitglied im LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V., dem Fachverband für Mobile Jugendarbeit.

Wir wollen das Jugendliche Demokratie selbst praktizieren und ihnen bewusst machen wie das politische System funktioniert und ihr Interesse an Beteiligung wecken.

Es ist uns wichtig, dass sich die Jugendlichen als Teil des Gemeinwesens sehen und in die demokratischen Prozesse vor Ort eingebunden werden.

Wir treten als Moderator in Diskussionen aber auch als Vertrauenspersonen für die Jugendlichen auf.

Rechtsextreme Jugendliche lehnen die Zusammenarbeit mit SozialpädagogInnen meistens ab.

Wir hatten 1998/1999 viele Probleme mit rechtsextremen Jugendlichen.

Die Kommunen haben sich damals – und heute - stark für eine demokratische Jugendarbeit positioniert und uns bei unserer Arbeit unterstützt.

Im Weißeritzkreis gab und gibt es ein Problembewusstsein für rechtsorientierte bzw. rechtsextreme Jugendliche.

3. Welche pädagogischen Konzepte sind Ihnen bekannt und nach welchen Konzepten arbeiten Sie? Wie sind Ihre Erfahrungen damit vor allem in Hinblick auf Ihre politische Verantwortung u.a. in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus?

Bekannt sind uns die Konzepte von Prof. Krafeld (Akzeptierender Ansatz und Gerechtigkeitsorientierter Ansatz) sowie die subjektive Verunsicherungspädagogik von Prof. Osborg. Als sehr zeitgemäßes Konzept sehen wir das von VAJA e.V. aus Bremen, das auf dem Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Prof. Heitmeyer) basiert.

Methodisch arbeiteten wir zu Beginn nach dem akzeptierenden Ansatz von Krafeld.

Heute arbeiten wir mehr mit einem Mischmodell das den akzeptierenden Ansatz mit o. g. Konzepten sowie einer demokratischen Grundhaltung in Verbindung bringt.

Uns ist es wichtig zuerst eine Beziehung und Kontakt zu den Jugendlichen aufzubauen, also erstmal eine Grundakzeptanz herzustellen als Basis für die weitere Arbeit.

Beim Umgang mit „Stammtischfaschismus“ müssen dann die Fakten transportiert werden, z. B. über das Einbürgerungsgesetz.

Das setzt einen gewissen Informationsstand über rechtsextreme Positionen und politisches Wissen voraus.

Ich denke, dass dies eine Grundvoraussetzung für SozialpädagogInnen in der Arbeit mit Jugendlichen ist.

Meiner Meinung nach kann es keine unpolitischen SozialpädagogInnen geben, da schon das Treffen von Entscheidungen, ob wir mit einer Gruppe arbeiten oder nicht, eine politische Dimension hat.

(transkribiertes und gekürztes Interview mit einem Mitarbeiter des Pro Jugend e. V. Freital vom 17.10.2008)

Mitwirkung und Partizipation – wollen Jugendliche das überhaupt?

Klaus Farin

Gestatten Sie mir zunächst, kurz das Archiv der Jugendkulturen vorzustellen und damit meine Arbeitsweise und Forschungsquellen. Denn das Archiv der Jugendkulturen unterscheidet sich doch deutlich von der etablierten Jugendforschung, schließlich waren genau deren Mängel der Anlass zur Gründung unseres Vereins: die erschreckende Diskrepanz zwischen der Realität jugendlicher Lebenswelten und dem, was Medien und Wissenschaft über „die Jugend“ zu erzählen wussten.

Ausgangspunkt und Mittelpunkt unserer Forschung sind die Jugendlichen selbst, und zwar jene Lebensbereiche, die von der traditionellen Jugendforschung als kaum zugänglich zumeist ausgeklammert werden, für Jugendliche selbst aber im Zentrum ihrer Interessen stehen: ihre Freizeitwelten, Musik, Medien, Kleidung, die Peergroups der Cliques, Szenen und Jugendkulturen. Wir gehen also dorthin, wo Jugendliche zusammentreffen, besuchen Punk- und Neonazi-Konzerte, HipHop-Jams und Techno-Partys, gehen in Fußballstadien, Jugendklubs etc.; wir suchen den Kontakt zu den kreativen AktivistInnen der Szenen, beobachten und interviewen Fans, Mitläufer und Kernszene-Angehörige. Aber wir befragen auch Jahr für Jahr etwa 2.500 „normale“ Jugendliche in Schulklassen aller Schulformen in Ost- und Westdeutschland (2009 ist eine große Studie in Sachsen geplant – Kooperationspartner sind sehr erwünscht!), führen – vor allem im Rahmen unseres Projektes „Culture on the Road“ – jährlich rund 80 Projektstage bundesweit an Schulen durch. Und natürlich werten wir auch die von und für Jugendliche/n entstandenen Produkte aus: Tonträger, Fanzines, Flyer, Mode. Aus all diesen Beobachtungen und Analysen wächst so im Verlauf unserer Studien eine Art Theorie und Geschichtsschreibung über die jeweilige Szene heran, die natürlich immer wieder mit Medienberichten, anderen Studien etc. abgeglichen wird.

Selbstverständlich arbeiten auch wir nicht theorie- und vorurteilsfrei. Doch die heterogene Zusammensetzung unserer Forschungsteams und Archiv-MitarbeiterInnen garantiert eine möglichst genaue Annäherung an die Realität und verhindert die Monopolisierung von Deutungsansätzen: Im Archiv der Jugendkulturen arbeiten und engagieren sich nicht nur JournalistInnen und WissenschaftlerInnen verschiedenster Disziplinen, sondern auch (ehemalige) Angehörige von Jugendkulturen, Techno- und Gothic-DJs, Punk-MusikerInnen und Fanzine-Herausgeber, Sprayer und Rollenspieler, Fußball- und Science-Fiction-Fans mit jeweils individuellen Zugängen und Weltsichten. 60 Prozent der MitarbeiterInnen sind weiblich, jede/r Dritte stammt aus den neuen Bundesländern und drei aus Österreich, die übrigen – zum Teil mit migrantischem Hintergrund – aus der alten BRD; die Jüngste ist 21 Jahre, die Älteste 54 Jahre alt. Szene-freundliche Interpretatoren der Daten müssen sich mit Skeptikern auseinandersetzen, langjährige Forschungsprofis profitieren vom erstaunten Blick der Erstbeobachter.

Unserer Meinung nach ist dieser innovative, die gängigen Grenzen des Wissenschaftsbetriebes sprengende Forschungsansatz der einzig mögliche, will man über subjektiv verortete Teilgruppen der Gesellschaft wie Szenen Erkenntnisse gewinnen – auch wenn die Resultate vor allem systemisch theoretisierenden Wissenschaftlern, Medien und PolitikerInnen, die es gerne widerspruchsfrei und in Prozentangaben hätten, nicht immer gefallen. Denn, so das Vereinsmotto: „Wer sich auf die Realität einlässt, muss die beruhigende Eindeutigkeit aufgeben.“

Unser Forschungsansatz ist also ein ethnographischer, kein soziologischer oder pädagogischer. Dennoch arbeiten wir natürlich auch für die pädagogische und kulturpolitische Praxis. So sind wir wie erwähnt Träger diverser Projekte, die Workshops für Schulen anbieten oder Fortbildungen jeglicher Art für diverse Berufsgruppen. Und nicht zuletzt betreiben wir deshalb auch unsere Bibliothek in Berlin-Kreuzberg, in der jedermann/frau auf derzeit 400 m² alles rund um Jugendkulturen kostenlos studieren kann, sowie eine

eigene Publikationsreihe mit bisher 56 Titeln, deren thematisches Spektrum von Skinheads, Punks oder Böhse-Onkelz-Fans über Swing-Jugendliche im Dritten Reich bis zu „50 Jahre BRAVO“ und „Mädchen in Jugendkulturen“ reicht. Bei Bedarf informieren Sie sich gerne auf unserer Homepage www.jugendkulturen.de.

Rechtsextremismus ist dabei ein zentrales Thema unserer Arbeit, das in den zehn Jahren unserer Tätigkeit nicht an gesellschaftlicher Relevanz verloren hat. „Rechtsrock“, „autonome Nationalisten“ und andere militante Neonazis finden sich tagtäglich in der Berichterstattung. Die NPD ist derzeit in keinem anderen Bundesland so stark in kommunalen Parlamenten vertreten wie in Sachsen und damit ein zentrales Thema von Anti-Rechtsextremismus-Kampagnen und -Initiativen.

Weniger thematisiert wird allerdings die alltägliche Realität. So möchte noch heute jeder 2. erwachsene Bürger Sachsens in einem „ausländerfreien“ Land leben, jeder 8. bis 10. (hier differieren die Studien ein wenig) hat ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Über diese, die ganz normalen Nachbarn, Eltern, Arbeitskollegen, Lehrer, Behördenmitarbeiter, Vermieter, Arbeitgeber etc. mit rassistischen und extrem rechten Einstellungen, spricht man so gut wie nie. Sehr viel Geld wird investiert in Sonderprogramme und Projekte mit dem Ziel, Jugendliche zu mehr Toleranz und Gewaltfreiheit zu „erziehen“, aber kaum jemand kümmert sich um das diese Jugendlichen prägende erwachsene Umfeld, die sog. Mitte der Gesellschaft. Der „Kampf gegen die NPD“, so sinnvoll er sein mag, ist zum Teil auch ein Ablenkungs- und Beruhigungsmanöver, die Rechtsextremen dienen auch als Sündenbock für den Rassismus und die Intoleranz der Mitte. „Bei uns gibt es keine Skinheads“, meinte ein Lehrer auf meine Frage nach „Rechten“. Damit schien die Welt also in Ordnung. Dass in unserer Schülerbefragung die Haltung „Wir wollen hier keine Ausländer“ dominierte, diese nicht einmal als „rechtsextrem“, sondern als „normal“ angesehen wurde („Hier denken doch alle so – können Sie alle fragen, die Jungen wie die Alten.“), schien auch die LehrerInnen nicht sehr zu beunruhigen – kein Handlungsbedarf.

Den meisten Jugendlichen ist das Thema NPD im Übrigen egal. Sie können mit Einordnungen wie „rechts“ und „links“ ohnehin nicht viel anfangen. Zum Teil anders ist es bei den Jugendlichen, die sich selbst Jugendkulturen zugehörig fühlen oder stark mit solchen sympathisieren. Denn hier geht es ganz praktisch um die Dominanz vor Ort und in ihren Szenen: Welche Szene ist in ihrem persönlichen Umfeld/Stadtteil/Jugendtreff etc. besonders angesagt, welche verpönt? Wem schließe ich mich an, um größtmöglichen Respekt zu erfahren? Gehört die Jugendkultur X den „Bunten“ (bzw. „Schwarzen“) oder den Rechten? Es sind letztlich nur 15 – 20 Prozent der sächsischen Jugendlichen, die sich zu bestimmten Jugendkulturen zugehörig fühlen. Doch diese gehören zu den Kreativsten und Einflussreichsten ihrer Generation und stellen den Kern jugendlichen Engagementpotenzials dar. Wer unter Jugendlichen etwas bewegen will, kommt an den Jugendkulturen nicht vorbei.

I. Das Engagementpotenzial

In einer Waren- und Konsumgesellschaft ist selbstverständlich die Mehrzahl der Bevölkerung passiv, unkritisch, konsumsüchtig. Das gilt auch für Jugendliche. Jugendliche leben schließlich nicht in einem Vakuum, sondern sind massiv von Erwachsenen und durch die Rahmenbedingungen der Erwachsenenengesellschaft geprägt. Sie sind also letztlich – auch wenn sie es selbst nicht gerne hören – fast genauso engagiert oder konsumtrottelig, politisch oder unpolitisch, kritisch oder konform wie wir Alten auch. [Eine kleine Hoffnung wenigstens liegt in dem Wort „fast“.] Das ist der Preis, den wir zahlen müssen, damit dieses System überhaupt funktioniert. Permanenter Konsum ist nun einmal die Existenzgrundlage einer kapitalistischen, profitorientierten Gesellschaft. Kaufen statt selber machen, Massenprodukte statt kreative Eigenschöpfungen. So leben wir in einer Gesellschaft der Couch-Potatoes, der mehrheitlich Nicht-Engagierten, der bloß Konsumierenden all dessen, was der bunte Markt uns offeriert – ob Politik oder Sport, Musik oder Theater, Sex oder Gesinnung.

In einer Überflusgesellschaft wie der unsrigen lebt der Markt aber zu einem hohen Prozentsatz davon, uns Produkte zu verkaufen, die wir eigentlich gar nicht brauchen. Der Marktwert der Produkte liegt nicht in ihrer Notwendigkeit, auch nicht unbedingt in der Produktqualität. Sie bieten etwas anderes: Identität. Sie machen uns jung, cool, heiß, sympathisch. Vor allem jung. Jung sein ist Pflicht für alle. Auch wir, die über 30-, 40-, 50-Jährigen, sind dazu verdonnert, ewig „jung“ zu bleiben; „cool und 45“ ist ein Gegensatz in sich. Jung oder peinlich, heißt die realistische Alternative. Wer nicht jung ist, inszeniert sich eben so, als wäre er es eben noch – indem er sich den realen Jungen gleichmacht.

Jugendliche – reale Jugendliche, also Menschen zwischen etwa 13 und 25 Jahren – sind damit die Hauptzielgruppe der „Glück durch Konsum“-Industrien, denn der Markt weiß: Wer die Jugend hat, bekommt die Alten frei Haus dazu. Die jugendorientierte Industrie gibt allein in Deutschland Milliarden Euro jährlich aus, um Jugendliche in ihre Pflichten als KonsumbürgerInnen hineinzusozialisieren. Der Schlüssel zu den Herzen und den Portemonnaies der Jugendlichen sind dabei die Jugendkulturen. Denn Jugendkulturen sind grundsätzlich vor allem Konsumkulturen. Sie wollen nicht die gleichen Produkte konsumieren wie der Rest der Welt, sondern sich gerade durch die Art und Weise ihres Konsums von dieser abgrenzen; doch der Konsum vor allem von Musik, Mode, Events ist ein zentrales Definitions- und Identifikationsmerkmal von Jugendkulturen. Wo Jugendkulturen sind, ist die Industrie nicht fern.

Vielleicht ist dies einer der deutlichsten Generationenbrüche: Jugendliche lieben den Markt, die Industrie, die Kommerzialisierung ihrer Welt. Sie wissen: Ohne die Industrie keine Musik, keine Partys, keine Mode, keinen Spaß.

Die Industrie – Nike, adidas, MTV und wie sie alle heißen – erfindet keine Jugendkulturen. Das müssen immer noch Jugendliche selbst machen, indem sie eines Tages beginnen, oft unbewusst, sich von anderen Gleichaltrigen abzugrenzen, indem sie etwa die Musik leicht beschleunigen, die Baseballkappe mit dem Schirm nach hinten tragen oder nur noch weiße Schnürsenkel benutzen. Das bekommen nach und nach andere Jugendliche mit, manche finden es cool und machen es nach. Eine „Szene“ entsteht. Und spätestens hier werden die ersten Medien auf das neue „Phänomen“ aufmerksam, deren Berichte beschleunigen den Verbreitungsprozess. Ab einer gewissen Größenordnung denkt die Industrie darüber nach, ob sich diese neue Geschichte nicht kommerziell vermarkten lässt. Aus einer verrückten Idee wird eine Subkultur – eine Mode – ein Trend.

Will man ein neues Produkt auf dem Markt platzieren, muss es zunächst einmal auffallen spektakulär daherkommen. Es muss scheinbar noch nie Dagewesenes präsentieren. Das heißt, so paradox es in Ihren Ohren auch klingen mag: Je rebellischer eine Jugendkultur ausgerichtet ist, desto besser lässt sie sich vermarkten. Nicht die Partei- oder Verbands-Jugend, nicht der Kirchenchor oder der Schützenverein, sondern Punks und Gothics, Skateboarder und HipHopper sind die wahren Jungbrunnen für die Industrie. Denn schließlich lässt sich nur das Neue verkaufen, nicht die Hosen und CDs von gestern. „Konservative“ Jugendliche, die sich aktuellen Trends verweigern, die kein Interesse daran haben, sich von den Alten abzugrenzen, die nicht stets die neue Mode suchen, sondern gerne mit Vati Miles Davis oder die Rolling Stones hören und mit Mutti auf der Wohnzimmercouch bei der ARD in der letzten Reihe sitzen, statt im eigenen Zimmer ihre eigenen Geräte und Programme zu installieren, die bereitwillig die Hosen des großen Bruders auftragen, statt sich vierteljährlich mit den jeweils neuen Kreationen einzudecken, sind der Tod der jugendorientierten Industrie.

Musste man sich noch vor 30, 25 Jahren als jugendlicher Fußballfan selbst einen Aufnäher basteln oder zumindest auf die Kutte nähen, um der Welt seine Leidenschaft zu bekunden, so kann sich jeder Fan heute allein beim DFB mehr als 200 Körper-Accessoires via Internet bestellen und sogar jeder Zweitligaverein hat ein üppiges Angebot an Fan-Kleidung usw. im vereinseigenen Fan-Shop. Musste man früher als Punk oder Skin extra noch London fliegen, um sich die neuesten Schallplatten und original Szene-Kleidung (echte Doc Martens!) zu verschaffen, so bekommt man sogar Letztere heute in jeder

kleinstädtischen Einkaufsmeile.

Selbstverständlich verläuft der Prozess der Kommerzialisierung einer Jugendkultur nicht, ohne Spuren in dieser Jugendkultur zu hinterlassen und sie gravierend zu verändern. Die Verwandlung einer kleinen Subkultur in eine massenkompatible Mode bedingt eine Entpolitisierung dieser Kultur, eine Verallgemeinerung und damit Verdünnung ihrer zentralen Messages: HipHop, ursprünglich eine Kultur afro- und latinoamerikanischer Ghettojugendlicher gegen den weißen Rassismus, mutierte zu einem Musik-, Mode- und Tanzstil für jedermann und mit allen – oder gar keinen – Inhalten.

Weil die Kommerzialisierung ihrer Freizeitwelten also auch negative Folgen hat und die Popularisierung ihrer Szenen auch ein wichtiges Motiv der Zugehörigkeit zu eben diesen Szenen für Jugendliche aushebelt – nämlich die Möglichkeit, sich abzugrenzen –, schafft sich die Industrie automatisch eine eigene Opposition, die sich über den Grad ihrer Distanz zum kommerziellen Angebot definiert: Wenn alle bestimmte Kultmarken tragen, trage ich eben nur No-Name-Produkte. Sag mir, welche Bands auf MTViva laufen, und ich weiß, welche Bands ich garantiert nicht höre.

Denn trotz aller Kommerzialisierung sind zumindest für die Kernszene-Angehörigen Jugendkulturen vor allem ein Ort des eigenen kreativen Engagements. Wer wirklich dazugehören will, muss selbst auf dem Skateboard fahren, nicht nur die „richtige“ teure Streetwear tragen, selbst Graffiti sprühen, nicht nur cool darüber reden, nicht nur zu den Highlights der Szene, sondern auch im Alltag Präsenz zeigen. Es sind schließlich die Jugendlichen selbst, die die Szenen am Leben erhalten. Sie organisieren die Partys und andere Events, sie produzieren und vertreiben die Musik, sie geben derzeit in Deutschland mehrere tausend scene-eigene, nicht-kommerzielle Zeitschriften – sog. Fanzines – mit einer Gesamtauflage von immerhin mehr als einer Million Exemplaren jährlich heraus, die unzählbaren Homepages und Blogs gar nicht mitgerechnet. Für sie sind Jugendkulturen Orte der Kreativität und des Respektes, den sie sich ausschließlich durch eigenes Engagement verdienen. – Respekt, Anerkennung ist das, was Jugendliche am meisten im Alltag vermissen, vor allem von Seiten der Erwachsenen.

Es sind stets Minderheiten, die sich in Konsumgesellschaften engagieren, die durch ihr Engagement aber zugleich – wie wir auch am Beispiel der Achtundsechziger gesehen haben – die gesamte Gesellschaft entscheidend prägen und evolutionär verändern können.

Doch es gibt sie auch heute, die Engagierten, die Kreativen. Und glaubt man aktuellen Studien, sogar mehr als je zuvor. Die Zahl ehrenamtlich engagierter Jugendlicher steigt. Noch nie haben so viele Jugendliche an politischen Demonstrationen teilgenommen wie seit Anfang der 90er Jahre. Noch keine Jugendkultur – weder die Wandervögel noch die Hippies noch die Jugendzentrumsbewegung der 70er Jahre – hat so viele Jugendliche aktiviert wie HipHop, die derzeit weltweit größte Jugendkultur.

Dennoch ist es schwieriger geworden, die prinzipiell Willigen auch zur Tat zu treiben. 80 Prozent der Jugendlichen äußern sich in Studien und Umfragen dahingehend, dass sie bereit wären, sich zu engagieren. Dass es viele dann doch nicht tun, hat unterschiedliche Gründe. Neben den individuellen – zuviel Stress im Job, in der Familie, in der Beziehung, die eigene Bequemlichkeit etc. – ist hier vor allem interessant: Ein hoher Prozentsatz derjenigen, die sich nicht engagieren (wollen), sind ehemals Engagierte. Ex-Schülersprecher, Ex-Gewerkschaftsjugendaktivisten, Ex-Jugendzentrumsbewegte, Ex-Parteimitglieder. Sie haben es versucht und sind an den verkrusteten Strukturen und Verhältnissen gescheitert.

Die Jugend des 21. Jahrhunderts definiert offenbar zahlreiche Begriffe anders als wir. „Politik“ wird von ihnen selten als Prozess und Chance der Gestaltung ihres eigenen Lebensalltags gesehen, sondern auf Partei- und Regierungspolitik reduziert, auf etwas Unangenehmes oder zumindest Abstraktes, welches auf für Jugendliche unerreichbaren und undurchschaubaren Ebenen stattfindet. Die Privatisierung einstmaliger staatlicher Dienstleistungen (Telefon, Post, öffentlicher Verkehr, weite Bereiche der Polizei, Wasser-

und Stromversorgung, Renten- und Krankenversicherung, zahlreiche Universitäten, Bibliotheken, große Teile des Schulwesens usw.) hat zu einem realen Bedeutungsverlust des Staates für den jugendlichen Alltag geführt, die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsstrukturen auf die internationale Ebene bei gleichzeitig nicht abbreißenden Berichten über gewaltige Ausmaße ökonomischer Misswirtschaft (Verschwendung, Fehlplanungen, Korruption), für deren Beseitigung in Krisensituationen von Seiten der Politik plötzlich Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, nachdem es immer hieß, für die Renovierung des maroden Bildungssystems oder die lokale Jugendarbeit sei kein Geld da, hat die Distanz von Jugendlichen gegenüber der Politik weiter verstärkt. Der Begriff Politik ruft heute Assoziationen wie Korruption, Egoismus, Doppelmoral, Langeweile und Uneffektivität hervor; Politiker gelten als unehrlich oder unfähig und schon allein kulturell/ästhetisch als jugendfreie Berufsgruppe.

Dies alles führte zu dem seltsamen Ergebnis, dass sich heute weniger als 10 Prozent der Jugendlichen selbst als „politisch engagiert“ einschätzen, gleichzeitig aber jeder dritte Jugendliche schon „mindestens einmal“ an Demonstrationen teilgenommen hat und jede/r vierte Jugendliche sich sogar regelmäßig unentgeltlich zum Beispiel in der sozialen Arbeit, im Umweltschutz, in antirassistischen Gruppen, Internet-Magazinen oder jugendkulturellen und Musik-Projekten betätigt. Dass von den ca. 80 Prozent der Engagementbereiten nur 1-2 Prozent sagen, sie könnten sich ein Engagement in einer Partei vorstellen, sagt genug – über die Verfasstheit der Parteien, nicht über die Jugendlichen.

II. Engagementbedingungen

Was macht Jugendkulturen – von „unpolitischen“ Freizeitszenen bis hin zu bunt-alternativen und Antifa-Gruppen – für Jugendliche attraktiver als die traditionelle Partei- oder Jugendverbandsarbeit? Eine aktuelle Untersuchung der Strukturen, ProtagonistInnen und Ziele der Initiativen und Bewegungen, in denen Jugendliche der Gegenwart überproportional engagiert sind, enthüllt sieben Kriterien, die Jugendliche offenbar als unabdingbar für ihre Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement sehen:

1. Keine Hierarchien

Die Strukturen, in denen sich Jugendliche engagieren, sind kaum hierarchisiert. Hierarchien bilden sich, wenn überhaupt, eher spontan und informell aufgrund von längeren oder kürzeren Erfahrungen und unterschiedlichen Persönlichkeiten, die Rangfolgen sind jedoch flexibel. Auch jeder „Neuling“ wird sofort an sämtlichen Entscheidungen beteiligt. Die Gruppe der AktivistInnen kann Ziele und Wege (weitreichend) selbst bestimmen. Stehen überhaupt größere Erwachsenenstrukturen und -interessen im Hintergrund (wie etwa bei den von Greenpeace in den 90er Jahren extra für Kinder bundesweit zentral initiierten „Greenteams“ oder auch der/die JugendarbeiterIn), so bieten sich diese vor allem als Dienstleister und Ratgeber auf Abruf an.

2. Spaß-Kultur

Jugendliche des 21. Jahrhunderts engagieren sich nicht mehr bloß aus einem Pflichtgefühl heraus. Sie sind nicht bereit, ihre Freizeit für Termine zu opfern, die sie als „unangenehm“ und „stressig“ empfinden. Sie wollen Spaß haben – auch bei der Beschäftigung mit ernstesten Angelegenheiten. Das setzt voraus, dass sie ihre Alltagskultur – ihre Sprache und ihre Rituale, ihr Outfit, ihre Musikleidenschaft – nicht verleugnen müssen.

3. Freundschaften

Wenn Jugendliche sich engagieren, ist mitunter der Weg das Ziel: Sie wollen nicht nur etwas Bestimmtes erreichen, sondern schon auf dem Weg dahin nette Leute kennenlernen, Freundschaften für den Alltag knüpfen. Bewegungen sind auch Kontaktbörsen für Cliques und Singles.

4. Keine Taktik, keine Kompromisse

Die Bewegungen, in denen Jugendliche sich engagieren, sind eindeutige, punktgenaue,

zeitlich limitierte Lobby-Gruppen. Lässt sich das Ziel nicht erreichen, steigen sie aus oder versuchen es auf anderen Wegen. Interessenkonflikte, wie sie Parteien und andere Großorganisationen mit gesamtgesellschaftlichem Repräsentanzanspruch auszeichnen, taktische Rücksichtnahmen auf andere „Fraktionen“ oder „übergeordnete“ Interessenlagen (zum Beispiel in Wahlkampfzeiten) sind ihnen tendenziell wesensfremd.

5. Action statt Schulungskurse

Jugendliche erleben Zeit anders als Erwachsene. Sie (er)leben alles intensiver, also rennt ihnen die Zeit ständig davon. Für Jugendliche kosten zehn Minuten Langeweile gleich Stunden ihres Lebens. So suchen sie Strukturen, die es ihnen ermöglichen, sofort zu handeln. Sie haben keine Zeit und nicht das Bedürfnis, das Objekt ihrer Empörung (zum Beispiel die Atom-Technologie) erst monatelang zu studieren, sich durch die Komplexität des Themas entwaffnen, ihrer Spontaneität berauben zu lassen. Sie sind ungeduldig, eher visuell als textorientiert, wissen, dass eine zu intensive, lang andauernde Beschäftigung mit einem Thema ihre Tatkraft absorbiert. Sie vertrauen auf die Richtigkeit ihres Gefühls und der (zumeist durch Medienberichte ausgelösten) moralischen Empörung – und schreiten zur Tat. Strukturen, in denen Jugendliche sich engagieren, müssen Aktionsmöglichkeiten bieten, Kopf und Körper der Jugendlichen ansprechen und beanspruchen und last but not least als Wirkungsbeleg die öffentliche, also mediale Sichtbarkeit des Engagements gewährleisten.

6. Realistische Ziele

Die Ziele der Gruppen, in denen Jugendliche sich engagieren, sind gegenwartsbezogen, ihre Realisierung scheint oft „greifbar nahe“. Obwohl die von Jugendlichen getragenen Bewegungen in der Regel auf einem rigoros fundamentalistisch vertretenen humanistischen, ökologischen und Gewalt ächtenden Grundverständnis basieren, beinhalten ihre konkreten Zielsetzungen selten gesamtgesellschaftliche Forderungen an Politik und Wirtschaft – also zum Beispiel nicht die gesetzliche Ächtung von Rassismus, sondern die Rücknahme einer konkreten Abschiebung oder diskriminierenden Maßnahme im direkten Lebensumfeld der Jugendlichen. Die Ziele müssen realistisch und in einem überschaubaren Zeitrahmen erreichbar sein.

7. Engagement auf Zeit

Jugendliche sind durchaus bereit, sehr viel Energie in eine Sache zu investieren, doch dies nur so lange, wie sie es für sinnvoll und spannend erachten. Bewegungen, in denen sich Jugendliche engagieren, müssen ihnen die Möglichkeit lassen, von Anfang an hundertprozentig mitzuwirken und ebenso jederzeit wieder aussteigen zu können. Organisationen, die Mitgliedsausweise und langjährige Funktionärstätigkeit zur Voraussetzung voller Akzeptanz machen, sollten sich nicht wundern, wenn ihre Altersstruktur sich der des ZK der inzwischen verstorbenen letzten DDR-Führung angleicht.

III. Fazit

Sinn und Spaß sind also die Triebkräfte, die Jugendliche veranlassen, ihre Klubs oder PCs zeitweilig verweisen zu lassen, um Gutes zu tun. Jugendliche engagieren sich immer dann, wenn sie sich persönlich betroffen fühlen und daran glauben, durch ihre Aktivitäten wirklich etwas bewirken zu können. Kritischer als ihre Vorgänger-Generationen prüfen sie sehr genau, ob die Engagementangebote Sinn machen, das heißt, das anvisierte Ziel realistischerweise zu erreichen ist, ihnen von Anfang an weitreichende Möglichkeiten der Partizipation geboten werden (sie wollen nicht nur Flugblätter verteilen, sondern auch formulieren dürfen) und der Weg zum Ziel nicht zur Tortur wird, weil man gezwungen ist, ständig mit Langweilern und Unsympathen zu kommunizieren.

Da jede/r Vierzehnjährige weiß, dass Menschen ab 30 in der Regel ziemlich uncool werden, bevorzugen Jugendliche von vornherein Gleichaltrigen-Strukturen, in denen ihnen (möglichst wenige) Erwachsene allenfalls mit Rat und Tat, Geld und Infrastruktur zur Seite stehen. So existiert heute ein dichtes Netzwerk jugendlichen Engagements, das, schon allein aufgrund seiner Kommunikationswege (Flyer, Handy, Internet, Party-Zentralen als News Boxes) weitgehend unbemerkt von älteren Jahrgängen, stets spontan,

aber sehr effektiv eine Vielzahl von Aktivitäten entfaltet.

In diesen überwiegend jugendkulturellen Netzwerken kommt oft alles zusammen, was Jugendliche fasziniert: Musik, Mode, Körperkult, Gleichaltrigenstrukturen und selbstbestimmtes Engagement. Natürlich könnten engagementwillige Jugendliche auch bei den Pfadfindern, im christlichen Chor oder bei der Freiwilligen Feuerwehr landen (und viele tun das ja auch). Ihr Engagement ist nicht grundsätzlich antiinstitutionell gemeint. Dass der Aufschwung jugendlichen Engagements bisher an Parteien, Gewerkschaften, Amtskirchen und zahlreichen traditionellen Jugendverbänden spurlos vorbeizieht, hat seine Ursache nicht in der Politik- und Institutionenfeindlichkeit der Jugend, sondern in der Jugendfeindlichkeit der Politik und der Institutionen – in ihrer autistischen Erstarrung zwischen taktischen Geplänkeln, tradierten Alt-Herren-Ritualen, bürokratischen Endlosschleifen und der Forderung nach bedingungsloser Anerkennung einer Autorität, die nicht oder nur historisch begründet wird und nicht tagtäglich neu verdient werden muss.

IV. Und die Jugendarbeit?

Bevor Sie nun verzweifeln alle Ihr jugendkulturelles oder jugendarbeiterisches Engagement einstellen und Ihre Häuser schließen, lassen Sie mich noch ein paar Schlussfolgerungen für die Jugend(Kultur)arbeit wenigstens anreißen:

Nichtkommerzielle Jugendkulturangebote werden auch in Zukunft eine hohe Bedeutung für diejenigen Jugendlichen und Szenen haben, die die kommerziellen Angebote nicht nutzen können, weil sie nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen oder aus anderen – zum Beispiel rassistischen – Gründen ausgegrenzt werden. Haben sich die Kinder der türkischen, kurdischen und arabischen Einwandererfamilien in den meisten Regionen (West-)Deutschlands inzwischen trotz spektakulärer Medienschlagzeilen mehrheitlich integriert bzw. ihre eigenen Refugien und Hoheitsgebiete erobert, so zeichnet sich derzeit bundesweit ab, dass die bedenkliche Drogen- und Kriminalitätsbelastung junger, männlicher Spätaussiedler im engen Zusammenhang mit der nicht gelingenden Integration dieser Jugendlichen in den deutschen Freizeit- und Beziehungsmarkt steht. Hier wächst – fast völlig ignoriert von der Politik – eine enorme jugend- und kulturpolitische Aufgabe heran.

Nichtkommerzielle Jugendkulturangebote werden auch in Zukunft eine hohe Bedeutung für diejenigen Jugendlichen und Szenen haben, die die kommerziellen Angebote nicht nutzen wollen, weil sie merken, dass der Preis für den reich gedeckten Gabentisch die Ausgrenzung und Verflachung radikalerer, minoritärer Inhalte ist. Vermarktete Jugendkulturen streben stets der Mehrheitsgesellschaft entgegen, um sich letztendlich mit ihr zu vermischen. Das bedeutet, die gewünschte Abgrenzung zur Erwachsenenwelt und zum Mainstream der Gleichaltrigen funktioniert nur auf Zeit. Zudem ist ihnen das Kreativpotential einer vermarkteten Jugendkultur, die Möglichkeit eigene, individuelle Dinge, Rituale, Umgangsformen und Events zu gestalten, zu gering. So wie die Adenauer-,Kohl- und Honecker-Gesellschaften sich ihre eigene politisch-ästhetische Opposition heranzogen, so entstehen heute auch in den Nischen aller großen, kommerziell geprägten Jugendkulturen rebellische, subkulturelle Gegenwelten: Techno-Fans, die lieber zur Fuck Parade als zur Love Parade gehen und ihre Partys in selbstbestimmten Räumen statt der Großraumdisco am Stadtrand erleben wollen. Hunderte derzeit in Deutschland existierende Punk-Bands (so viel wie nie zuvor!) und Tausende von Rappern, Sprayern und Streetdancern usw. Was diese hoch engagierten Punks, HipHopper, Skateboarder, BMXler, Gothics, Emos und viele andere, denen ihre Kultur mehr bedeutet als modischer Konsum, brauchen und von der Erwachsenenwelt zurecht einfordern, sind Toleranz, Respekt und Freiräume (nicht Pädagogik und Jugendschutz, wie viele Politiker meinen). Elementare Bedürfnisse, die der Markt alleine nicht befriedigen kann und die die übrige Erwachsenenwelt, vor allem die (kommunal)politisch Verantwortlichen, viel zu häufig ignoriert. Selbstverständlich wird heute jede/r Kulturverantwortliche einer deutschen Kommune jederzeit zugestehen, dass die Unterscheidung zwischen Hoch-

und Jugendkultur nicht mehr zeitgemäß sei und jede ein Recht auf gleichberechtigte Existenz habe. Ein Blick allerdings auf die Verteilung der öffentlichen Gelder enthüllt jedoch sehr schnell, dass dies folgenlose Sonntagsreden sind. Und wenn dann auch noch mehr als die Hälfte des städtischen Etats zur Jugendförderung einer großen Stadt in Sachsen in ein Anti-Graffiti-Programm fließen, kann man sich ohne weitere Kenntnis der Verhältnisse vor Ort ausmalen, was die dort Verantwortlichen unter kultureller Jugendförderung verstehen.

Dort, wo die Konkurrenz stark ist, wo eine breite Vielfalt jugendlicher Szenen und (musik)kultureller Angebote herrscht, haben es Rechtsextreme erfahrungsgemäß schwer, überhaupt erst die gewünschte Dominanz über jugendliche Lebenswelten zu gewinnen. Die beste „Waffe“ gegen rechte Szenen ist offensichtlich nicht der „Kampf“ gegen rechtsorientierte Jugendliche und ihre kulturellen Ausdrucksformen, sondern die Förderung bzw. Duldung der auf dem jugendlichen Freizeit- und Identitätsmarkt mit den Rechten um den Nachwuchs konkurrierenden anderen – gewaltablehnenden, nicht-rassistischen, toleranten – Jugendkulturen. Hier kann Jugendarbeit wesentlich dazu beitragen, Freiräume für diese Jugendlichen und ihre Kulturen zu schaffen, sie zu fördern und (zum Beispiel im Umgang mit der Kommune) zu beraten.

Literatur:

Klaus Farin: Über die Jugend und andere Krankheiten. Essays und Reden 1994 – 2008. Archiv der Jugendkulturen 2008.

Das Archiv der Jugendkulturen

bietet zum Thema Jugendkulturen bundesweit Fortbildungsveranstaltungen für LehrerInnen, JugendarbeiterInnen u. a. mit dem Autor dieses Beitrages und komplette Projekttag für Schulen an. Weitere Informationen unter: www.culture-on-the-road.de.

Schon mit einem Jahresbeitrag von 48 Euro können Sie die gemeinnützige Arbeit des Archiv der Jugendkulturen unterstützen, Teil eines kreativen Netzwerkes werden und sich zugleich eine umfassende Bibliothek zum Thema Jugendkulturen aufbauen. Denn als Vereinsmitglied erhalten Sie für Ihren Beitrag das Journal der Jugendkulturen sowie zwei Bücher Ihrer Wahl aus unserer Jahresproduktion kostenlos zugesandt. Weitere Infos unter www.jugendkulturen.de.

Der vorliegende Beitrag war das Inputreferat von Klaus Farin, Jahrgang 1958, Fachautor, Dozent und Leiter des Berliner Archiv der Jugendkulturen e.V. zum Fachtag in der Hochschule Mittweida, 3. November 2008
Kontakt: klaus.farin@jugendkulturen.de

INTERVIEW

ALTE BRAUEREI E.V. / ANNABERG

1. Bitte stellen Sie kurz Ihre Einrichtung/Ihr Projekt vor!

Die Alte Brauerei e.V. ist ein soziokulturelles Zentrum in Annaberg – Buchholz. Hier haben Menschen aller Altersgruppen die Möglichkeit sich weiterzubilden, an unterschiedlichen Kursen teilzunehmen, eine unserer zahlreichen kulturellen Veranstaltungen zu besuchen oder einfach nur Gast zu sein. Zu unserem Haus gehören unter anderem ein Kinder- und Medientreff, ein Veranstaltungssaal und ein Café, in dem sich Menschen generationsübergreifend begegnen. In unserem Haus treffen sich Jugendliche verschiedenster politischer Ausrichtungen.

Mitarbeiter Kinder und Medientreff „W@bkiste:

1 Sozialpädagogin, 1 Mitarbeiter

Mitarbeiter Jugendafé:

1 Sozialpädagogin, 1 Mitarbeiterin Gastrobereich, 2 FSJKler (m/w)

1 Geschäftsführer

2. Ist Ihnen Ihre politische Verantwortung in der Jugendarbeit bewusst und wie wird sie in der Arbeit wahrgenommen/kann sie wahrgenommen werden?

Die politische Verantwortung in der Jugendarbeit ist uns bewusst. Gezielt arbeiten wir daran, Stigmatisierung und sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken.

3. Welche pädagogischen Konzepte sind Ihnen bekannt und nach welchen Konzepten arbeiten Sie? Wie sind Ihre Erfahrungen damit vor allem in Hinblick auf Ihre politische Verantwortung u.a. in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus?

Im offenen Bereich unserer Einrichtung bieten wir vor allem niedrigschwellige Angebote und beziehungsorientierte Arbeit bzw. Einzelfallhilfen an. Zudem finden regelmäßig Kurse verschiedenster Art statt (auch generationsübergreifend).

Zu unseren (Musik-)Veranstaltungen, die eine Plattform für Interessenten verschiedenster Art sind, stellt sich unsere Einrichtung als eine „gewaltfreie Insel“ dar, zu der jeder Zutritt hat und alle friedlich und niveauvoll miteinander umgehen.

Unser Haus richtet regelmäßig Podiumsdiskussionen zu aktuellen politischen Themen aus. Zudem sind wir Mitglied der Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendkriminalität“ der Großen Kreisstadt Annaberg-Buchholz.

Unseren Vereinsmitgliedern und Klienten bieten wir eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, binden sie in die Gestaltung und Instandsetzung unseres Hauses ein, um so ein Gemein-

schaftsgefühl herzustellen. Dabei spielen Toleranz und ein Zusammenleben ohne Stigmatisierung und Rassismus eine große Rolle.

*(Interview per Mail mit einer Mitarbeiterin des
Alte Brauerei e. V. Annaberg vom 22.10.2008)*

Das Saubandenspiel - Ein antifaschistisches Plan- und Aktionsspiel für Jugendliche ab 14 Jahren

Ralf Brinkhoff

Spielziel

Im Spiel finden sich die Jugendlichen in einem faschistischen System wieder. In Anlehnung an die Gegebenheiten im Dritten Reich wird über das Spiel ein Szenario aufgebaut, dass Jugendlichen die Möglichkeit geben soll, sich sowohl rational als auch emotional, in Verbindung mit einer Rollenzuweisung, mit der Thematik, aber auch mit der eigenen persönlichen Einstellung (Rolle) auseinander zu setzen. Einerseits wird mit dem Spiel den Jugendlichen ein fragwürdiges System vorgestellt, andererseits sollen Wert- und Normvorstellungen einer Gesellschaft bzw. Gruppierung in Frage gestellt werden.

Macht haben bzw. ausüben, bedingungslos gehorsam sein, unkritisch „Befehle“ entgegen nehmen und ausführen, einem „Führer“ willenlos folgen, vorgesetzten Idealen nacheifern und darüber das Gefühl bekommen, anerkannt zu werden, sind Spielinhalte der Spielaktion, die Jugendliche zum Nachdenken anregen sollen.

Fragen zur Spielauswertung

Wie habe ich mich in dem erlebten gesellschaftlichen System gefühlt?- Gibt es so etwas heute noch?

Was ist das für ein Gefühl, wenn ich Macht ausüben kann?

Brauche ich eine „Führerpersönlichkeit“, an der ich mich orientieren kann?

Inwieweit ordne ich mich unter oder wehre mich gegen „Ungerechtigkeiten“?

„Spiele“ ich mit oder lehne ich mich auf?

Möchte ich gern „Führer“ sein?

Was hat mir „Spaß“ gemacht an diesem Spiel?

Brauchen wir wieder so ein System, damit „Ordnung“ im Land herrscht?

Diese und andere Fragen, die durch die Spielaktion aufgeworfen werden, sollten auf jeden Fall in einer Nachbereitung des Spiels mit den Jugendlichen diskutiert werden. Eine Nachbereitung der Spielaktion ist unbedingt erforderlich. Die Mitspielenden sollten nicht ohne ein Gespräch aus dem Spiel entlassen werden. Immer wieder wird im Spiel deutlich, wie ein Streben nach Macht missbraucht werden kann und wie schnell gute Vorsätze verloren gehen können, wenn eine machtvolle Position in Aussicht steht. Das erlebte Spielgeschehen kann in Auszügen auf die aktuelle Lebenssituation und das gesellschaftliche Zusammenleben von Menschen übertragen werden.

Auch ein Auswertungsgespräch mit den Spiel-LeiterInnen ist sinnvoll.

Das Szenario

Ausgangspunkt der Spielaktion ist, dass die Gruppe der „Saubande“ einen neuen Führer braucht. In einem fiktiv angenommenen Land (oder einer ähnlichen Gegebenheit) herrscht die „Saubande“ unter folgenden Strukturen:

Es gibt eine „Führungszentrale“, die nur ausgewählten Mitgliedern zugänglich ist. Desweiteren ist die Gruppe der NSP (nationale Saubandenpartei), die HJ (Truppe der „Heißen Jungs“ und „Heißen Mädchen“) und das Fußvolk (die Töffel vom Dienst) vertreten. Ziel ist es für jede mitspielende Person, eine Führungsposition in der Führungszentrale zu erlangen.

Es herrscht ein strenger Ton in der „Saubande“ und alles ist straff und in hierarchischer Form organisiert.

Jede mitspielende Person wird in der aufgeführten Gruppe von den Spiel-LeiterInnen in den Spielstationen auf ihre Tauglichkeit für ein „Saubandenleben“ geprüft. Auch das

äußerliche Erscheinungsbild einer Person (die Idealvorstellungen über das Aussehen, die konstitutionelle Verfassung und die inneren Wertvorstellungen) spielt eine große Rolle, um ein „gutes“ Saubandenmitglied zu werden.

Für die Saubande gilt das Regelbuch „MEIN KRAMPF“. Ein „gutes“ Saubandenmitglied hat es immer bei sich und kennt die Regeln auswendig. Die wichtigsten fünf Regeln lauten:

1. WIR GLAUBEN AN DIE NATIONALE SAUBANDENPARTEI!
2. SAUBANDENSCHÄDLINGE SIND ABSCHAUM!
3. SAUBANDENFÜHRER BEFIEHL, WIR FOLGEN!
4. EIN SAUBANDENMITGLIED IST FLEISSIG WIE EIN PFERD UND FOLGSAM WIE EIN BLINDENHUND !
5. WIR LEBEN FÜR DIE SAUBANDE! WIR STERBEN FÜR DIE SAUBANDE! WIR SIND DIE SAUBANDE!!!

Das Regelbuch „Mein Krampf“ wird vor Spielbeginn in Form eines Faltblattes mit den genannten Aussagen angefertigt und nach dem Ausfüllen der „CAK-Karte“ verteilt.

Die Spielleitung

Die Spielleitung übernimmt die Rolle kontrollierender Saubandenmitglieder, die sich in der Partei bewährt haben. Die Spielleitung trägt eine Visitenkarte am Körper und gibt sich einen Fantasienamen, mit der sie angesprochen werden will.

Im einem „strengen, klaren und befehlenden Ton“ sollte deshalb die Spieleingabe stattfinden. Der Spielablauf vermittelt dem Mitspielenden den Eindruck einer durchorganierten, straffen Führung. Werden die Regeln nicht eingehalten oder Spieleingaben nicht „ordentlich“ durchgeführt, kann die Spielleitung mit Sanktionen in Form von Punktabzügen wahllos reagieren. Die Anforderungen an die Spielleitung im Spiel werden in der Beschreibung des Spielablaufes noch einmal deutlicher dargestellt.

Tipp: Die Spielleitung spricht die Mitspielenden mit „Sie“ an und gestaltet damit einen formalen und persönlichen Kontakt. Er hilft den Mitspielenden, besser in ihre Rolle zu finden.

Die Erprobung und Durchführung der Spielaktion

Das Spiel ist mit Jugendlichen ab 14 Jahren in der „Werretalschule Löhne“- einer Schule für Lernbehinderte - durchgeführt worden. Mit dem dort arbeitenden Sozialarbeiter wurde die Spielaktion vor dem Hintergrund vorbereitet, dass sich die SchülerInnen in einer Projektwoche mit der Thematik Rechtsradikalismus auseinander setzen sollten. Die Spielaktion fand in der Schule statt. Es nahmen insgesamt ca. 30 Jugendliche teil. Einige Lehrer und Lehrerinnen aus dem Kollegium, Honorarkräfte und der Schulsozialarbeiter übernahmen die Rolle der Spielleitung in den einzelnen Spielstationen (Sie wurden vorab in einer 3-stündigen Vorbereitungsphase in ihre Rolle eingewiesen).

Die zum Spiel notwendigen Charakterkarten ließen wir einen Tag vor Spielbeginn mit folgender Spieleingabe ausfüllen:

Die SchülerInnen der Klasse 10 werden im Sommer aus der Schule entlassen, und sie als nachfolgende Jahrgangsstufe sind dann die ältesten SchülerInnen an der Schule. Da die LehrerInnen mit den Zuständen an der Schule nicht mehr zufrieden sind, ist überlegt worden, für das nächste Schuljahr eine Organisation namens „Die Saubande“ ins Leben zu rufen. Durch diese Organisation, in der nur ausgewählte Personen Mitglied werden können, soll eine „gewisse Ordnung“ wiederhergestellt werden. Zu diesem Zweck soll jeder die Charakterkarten - nach bestem Wissen und Gewissen - ausfüllen. Die Karten werden ausgewertet und am nächsten Tag hat jede Person die Möglichkeit, seine/ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

So geschah es denn auch. Die Jugendlichen kamen in die Schule und wurden in entsprechender Form empfangen. Sie mussten sich alle in einer Reihe an der Wand aufstellen, wurden namentlich aufgerufen, bekamen ihre „CAK-Karte“ sowie das Regelbuch

ausgehändigt. Sie wurden entsprechend ihren „Machtpunkten“ einer Gruppierung zugeordnet, so dass sie sich gleich im Spielgeschehen befanden (bei der Einteilung ist darauf zu achten, dass die Rollenzuweisung zu den einzelnen Gruppierungen proportional stimmig ist). Die meisten befanden sich beim Fußvolk und nur ein geringer Teil (3 Personen) waren zu Beginn der AS/SS zugeordnet).

Das Spiel wurde nach ca. 1 ½ Stunden aus organisatorischen Gründen (viele mussten mit dem Bus nach Hause fahren) beendet. Es hätte jedoch auf Grund des Spielflusses noch fortgesetzt werden können. Eine kurze gemeinsame Auswertung mit den SchülerInnen fand im Anschluss an das Spiel statt. Im Rahmen der Projekttag wurde das Spielgeschehen als Grundlage für die weitere Arbeit mit den Schülern und Schülerinnen in den darauffolgenden Tagen genutzt.

Die Auswertungsrunde

Nach Abschluss der Spielaktion gab es eine Auswertungsrunde mit den Lehrern und Lehrerinnen. In Stichpunkten soll an dieser Stelle wiedergegeben werden, welche ersten Eindrücke es nach dem Spiel gab:

Einstimmig waren alle überrascht, wie „folgsam und gehorsam“ alle SchülerInnen die geforderten Spielaufgaben - entgegen den alltäglichen schulischen Anforderungen - erledigten.

Bis auf 2 - 4 Jugendliche machten alle bedingungslos mit und viele der Mitspielenden bekundeten auch ihren „Spaß an der Sache“.

Jugendliche - insbesondere der AS/SS - nahmen im Verlauf des Spiels schon automatisch eine der Rolle entsprechende Haltung ein, wenn sie aufgefordert wurden, eine Spielaufgabe zu erledigen.

Erschreckend war die „Widerstandslosigkeit“ mit der die Mitspielenden das Spielgeschehen und somit ihr Schicksal verfolgten. Es konnte bei den Jugendlichen ein gewisses Maß an Zufriedenheit festgestellt werden, sich in diesen totalitären Strukturen zu bewegen.

Das Spiel hätte noch länger gespielt werden können. Die Möglichkeit, in den Widerstand zu gehen, wurde nicht vollständig ausgeschöpft.

SchülerInnen, die sonst eher als „Schulverweigerer“ gelten, ordneten sich in das Spielgeschehen ein, waren über lange Zeit „bei der Sache“ und widersprachen nicht.

Am nächsten Tag fand eine Auswertung mit den SchülerInnen statt, wobei sie in Gruppen eingeteilt wurden, die ihrem Status zum Abschluss des Spiels entsprachen (z.B. Fußvolk, HJ, NSP etc.).

Die Ansichten der SchülerInnen werden an dieser Stelle in Stichpunkten wiedergegeben. Uns haben sie nachdenklich gemacht. Das Spielziel war unter anderem, Jugendlichen die Grausamkeiten des Nationalsozialismus über eine zu spielende Rolle spielpädagogisch näherzubringen. Für uns war erschreckend zu beobachten, wie schnell Jugendliche bereit waren, sich totalitären Strukturen unterzuordnen (Sicherheit in dieser Struktur finden) und sich dabei wohlfühlen. Ihnen wurde das Gefühl vermittelt, Macht über vermeintlich „minderwertige Personen“ zu haben.

Äußerungen zum Spiel, die von den mitspielenden SchülerInnen genannt wurden:

„Das Spiel hat mir Spaß gemacht.“

„Ich war mir unsicher, ob es sich um ein ‚Spiel‘ handelte oder ‚real‘ war.“

„Manche Regeln sollten in der Schule eingeführt werden, aber nicht für immer.“

„Die Verbindung zu Strukturen im 3. Reich ist mit deutlich geworden.“

„Die Übertragung auf die heutige Zeit ist schwierig.“

„Manche Situationen gibt es auch auf dem Schulhof, in der Clique oder unter Gleichaltrigen.“

„Es ist mir aufgefallen, dass sich keiner wehrt und es im Spiel keine Freiheiten gab.“

„Aus Angst und Unsicherheit habe ich meine Rolle nicht verlassen.“

„Ich wusste nicht, was dann passieren würde.“

Das Spiel ist im Laufe der Zeit an verschiedenen Orten und mit den unterschiedlichsten Jugendlichen durchgeführt worden. Die bisher aufwendigste Spieldurchführung fand in Köln statt. Dort wurde das Spiel in 8 Jugendzentren der Stadt zeitgleich gespielt.

Das Spiel bietet nach der Durchführung immer viel Gesprächsstoff. Sowohl bei den Mitspielenden, als auch bei den Spiel-LeiterInnen. Es bewegt und fördert die Auseinandersetzung mit einem immer wieder aktuellen Thema. Das Spiel wird als Plan- und Aktionsspiel zur Durchführung angeboten. Weitere Informationen zum Spiel: www.spielaktionen.de. Auf Wunsch wird eine CD mit einer kurzen Spielbeschreibung kostenfrei zugesandt.

○ Ralf Brinkhoff

Resiek 28, 32584 Löhne

Tel./Fax: 05732/82102

Ralf Brinkhoff ist Spielpädagoge und Autor des „Saubandenspiels“.

Das „Saubandenspiel“ wurde im Rahmen des Fachtages „Was tun?! Pädagogische Ansätze in der Jugendarbeit“ am 3.11.2008 in Rosswein vorgestellt.

INTERVIEW

CHEMNITZER FANPROJEKT / AWO CHEMNITZ

1. Bitte stellen Sie kurz Ihre Einrichtung/Ihr Projekt vor!

Meine Name ist Kay Herrmann. Ich bin Sozialpädagoge und leite das FAN-Projekt Chemnitz seit dem 01.07.2007.

Die Ziele des FAN-Projektes definiert das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“, welches Anfang der 90er Jahre, im Zuge sich verstärkender Gewaltausübungen im Rahmen von Fußballspielen von einem Ausschuss der Bundesregierung erarbeitet wurde.

Unsere Aufgaben umfassen unter anderem: fanspezifische Bildungsmaßnahmen, Durchführung von Seminaren und Gesprächsreihen zwischen Jugendlichen und so genannten »Erwachseneninstitutionen« wie z.B. Polizei, sonstige Behörden, Medien; Gewährung von anlassbezogener Hilfe; infrage kommt z.B. Zusammenarbeit mit Beratungseinrichtungen, Schaffung von Freizeitangeboten wie z.B. Sporttreffs, Arbeitslosentreffs, Diskussionsveranstaltungen, Durchführung sonstiger sport-, erlebnis- und freizeitpädagogischer Maßnahmen (z.B. Fußballturniere).

Die Kern-Zielgruppe des Projektes bilden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die in den eingetragenen und organisierten Fanclubs eingebunden sind.

Die anderen Jugendlichen werden insbesondere bei Auswärtsspielen, in die Arbeit des Fanprojekts integriert.

Die aktiven Mitgestalter des Fan-Projektes, die offen für Angebote und Projekte sind, stellen die friedlichen Fußballfans dar. Bei den gewaltbereiten Fans ist zwar eine Gesprächsbereitschaft vorhanden, der Zugang in den Kern dieser Fangruppen ist jedoch etwas schwieriger. Sehr schwer oder gar nicht zugänglich sind die gewaltsuchenden Fans, da sie eine abweisende Haltung gegenüber allem, was die Ziele dieser Gruppierungen „gefährdet“ haben. Unser Ziel sollte eher sein, die nachwachsenden Fußballfans davor zu schützen, in diese Gruppierungen zu geraten.

2. Ist Ihnen Ihre politische Verantwortung in der Jugendarbeit bewusst und wie wird sie in der Arbeit wahrgenommen/kann sie wahrgenommen werden?

Ja natürlich. Mir geht es um die Eindämmung von Gewalt und damit verbunden die Arbeit im Präventivbereich, z.B. die Hinführung Jugendlicher zu gewaltfreier Konfliktlösung im Rahmen von Selbstregulierungsmechanismen mit der Perspektive Gewaltverhinderung.

Es geht weiterhin um den Abbau extremistischer Orientierungen so wie delinquenten oder Delinquenz begünstigender Verhaltensweisen, außerdem um die Steigerung des Selbstwertgefühles und die Verhaltenssicherheit bei jugendlichen Fußballanhängern und die Stabilisierung von Gleichaltrigengruppen sowie um die Schaffung eines Klimas, in dem gesellschaftliche Institutionen zu mehr Engagement für Jugendliche bewegt werden können.

3. Welche pädagogischen Konzepte sind Ihnen bekannt und nach welchen Konzepten arbeiten Sie? Wie sind Ihre Erfahrungen damit vor allem in Hinblick auf Ihre politische Verantwortung u.a. in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus?

Wir arbeiten mit dem akzeptierenden Ansatz, uns ist es also wichtig, den Menschen zu akzeptieren, aber auch sein (Fehl)Verhalten zu kritisieren.

Außerdem versuchen wir spezifische Projekte der Jugendlichen punktuell zu fördern, aber auf keinen Fall Räume zur Manifestierung politisch fehlgeleiteter Gedankenmuster zu bieten

Wichtig ist, dass der Sozialpädagoge bzw. Sozialarbeiter dabei als authentische Person mit eigenen Erfahrungen, Überzeugungen, aber auch Ängsten auftritt. Weniger sachbezogene Überzeugungsarbeit als vielmehr personale Begegnung und Kommunikation stehen im Vordergrund. Durch den Aufbau einer Vertrauensbasis wird pädagogische Arbeit ermöglicht.

Cliquen gewinnen aufgrund veränderter Bedingungen des Aufwachsens als selbstgeschaffene Bezugssysteme für Jugendliche zunehmend an Bedeutung. Sozialpädagogische Arbeit sollte darauf hinwirken, die positiven Elemente in den Cliques (z. B. Gemeinschaftssinn, Solidarität) zu fördern und abweichendes Verhalten zurückzudrängen bzw. begrenzen.

In einer zunehmend urbanisierten Lebensumwelt wird es für Jugendliche, besonders in den Großstädten, immer schwieriger, soziale Räume, Territorien und Plätze zu finden, in denen sie sich ungestört aufhalten können und ihren Interessen und Neigungen nachgehen können.

Im Alltag von Kindern und Jugendlichen wird dem Bedürfnis nach Mitsprache und Mitbestimmung meist zu wenig entsprochen. Vielmehr dominieren Reglementierung und Anpassung. Eine Folge dieser Defizite können gewaltsame Artikulationsformen sein. Deshalb sollten für Jugendliche verstärkt Möglichkeiten geschaffen werden, sich selbst zu artikulieren und sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das setzt allerdings einen längeren Lern- und Befähigungsprozess voraus.

Dieser lebensweltorientierte Handlungsansatz setzt auf die offensive Einmischung in die Lebensverhältnisse der Jugendlichen. Dabei geht es z. B. um Probleme der Ausbildung, des Wohnens, der Existenzsicherung, um Fragen der Identitätsbildung, der Entwicklung befriedigender sozialer Beziehungen usw. Infrastrukturelle Arbeit heißt, sich in die Konstituierung und Entwicklung der Lebensbedingungen, Lebensumstände und Lebenszusammenhänge einzumischen, auf deren Grundlage sich das Alltagsleben der Jugendlichen entwickelt und entfaltet oder aber auch erschwert oder gar blockiert wird. Durch infrastrukturelle Arbeit sollen Problembeteiligte zusammengeführt werden, damit kooperative Wege der Problembewältigung gefunden werden können. Es geht also nicht so sehr um Konfliktlösungen, sondern vielmehr um die Entwicklung von Kompetenzen zur Konfliktbewältigung, -beratung und Moderation.

(transkribiertes und gekürztes Interview mit dem Fanprojekt Chemnitz vom 14.10.2008)

Träger des Fan-Projektes ist die Arbeiterwohlfahrt KV Chemnitz und Umgebung e.V.

Welche Ansätze und Strategien bieten sich für die Arbeit mit rechtsorientierten Mädchen (und Jungen) an?

Simone Kruschwitz

Die bisher aufgeführten Erfahrungen der Fachkräfte haben vor allem einen Einblick in die Vielgestalt und Komplexität des Phänomens „Mädchen und junge Frauen in der rechten Szene“ gegeben. Um diesem auch praktisch begegnen zu können, folgen nun Handlungsstrategien und -ansätze aus dem Praxisalltag der Befragten für die pädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, speziell mit Mädchen.

Ob in diesem Zusammenhang rechtsorientierte Mädchen besser über gemischtgeschlechtliche oder geschlechtergetrennte Projekte zu erreichen sind, ist noch wenig erforscht. Generell fehlt es an konkreten Angeboten für Mädchen und ebenso an geschlechterreflektierenden Projekten für Jungen. Das spiegelt sich auch in den Aussagen der Befragten für den sächsischen Raum wider: Geschlechtsbewusste Arbeit wurde lediglich als geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen verstanden und nur in wenigen Fällen umgesetzt. Jungenarbeit sowie eine programmatische Geschlechtersensibilisierung in gemischten Gruppen wurden nicht angesprochen oder praktiziert. Die Interviews zeigen außerdem auf, dass weibliche Heranwachsende in der Jugendarbeit weiterhin unterrepräsentiert sind und speziell Mädchen mit rechter Gesinnung selten als solche wahrgenommen werden.

Die nun folgenden Handlungsansätze sind für die einzelnen Arbeitsfelder zusammenfassend dargestellt, weil es viele Gemeinsamkeiten in der pädagogischen Arbeit gibt. Dennoch sei darauf verwiesen, dass ihre konkrete Umsetzung den Besonderheiten des jeweiligen Arbeitsfeldes folgen muss.

1. AnsprechpartnerIn sein

Immer wieder wurde in den Interviews die männliche Dominanz in rechtsorientierten Cliquen betont, was den Zugang zu den dort integrierten Mädchen erschwert. In der Rolle als AnsprechpartnerIn für alltägliche Fragen und Probleme gelinge jedoch den pädagogischen Fachkräften mitunter eine Kontaktaufnahme mit ihnen. So betonte eine Interviewte, dass sie die weiblichen Heranwachsenden über „Frauensachen“, in denen sie sie berät, erreicht. Dazu bedürfe es der permanenten Präsenz ihrer Person in der Öffentlichkeit, damit Einzelne es wagten, an sie heranzutreten. Im Gruppenbezug habe sie dahingehend kaum Erfolg. Dass die Mädchen die SozialarbeiterInnen und PädagogInnen erst dann aufsuchen, wenn die Jungen abwesend sind, wurde von anderen Befragten bestätigt. Auch vermutete ein Jugendarbeiter aufgrund seiner Erfahrungen, dass sie eine weibliche Bezugsperson bevorzugen. Hier wird die Notwendigkeit deutlich, den Heranwachsenden für eine geschlechtersensible Jugendarbeit Frauen und Männer als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung zu stellen. In der Mobilien Jugendarbeit ist dies bereits umgesetzt worden.

Die Mädchen müssen sich von der pädagogischen Fachkraft ernst genommen und anerkannt fühlen, damit sie diese als Vertrauensperson akzeptieren und sich ihr öffnen. Diese Voraussetzung verweist auf ein zentrales Dilemma der Jugend- und Sozialarbeit: Zum einen haben rechtsorientierte ebenso wie andere Jugendliche ein Recht auf Beratung und den Anspruch auf Förderung. Zum anderen unterliegen die MitarbeiterInnen der gesellschaftlichen Verantwortung, staatsfeindlichen Tendenzen jedweder Art entgegenzuwirken. Einige der Befragten entgehen offenbar diesem Konflikt, indem sie ausschließlich auf der Ebene ihres Beratungsauftrags bleiben und damit eine rechte Orientierung, auch wenn sie diese wahrnehmen, nicht ansprechen: „... wir nehmen ja erstmal die Jugendlichen so, wie sie eben zu uns kommen ... Da sagen wir jetzt nicht: ‚Du hast ´ne Glatze. Raus!‘ Bei uns ist das so, dass die wirklich mit einem konkreten Auftrag zu uns kommen. Die kommen ja aus freiwilligen Stücken und wir sehen natürlich zu, dass wir auf der Arbeitsbasis bleiben. Und wenn das ganz normal abläuft, ... dann ist das für uns überhaupt kein Thema.“

In der hier angeführten Argumentation wurde die Akzeptanz der Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt. Diese - als pädagogischer Ausgangspunkt - ist jedoch zu trennen von der Hinnahme einer nach außen getragenen Rechtsgesinnung. Dem Zitat nach zeigte sich eine Unsicherheit seitens der PädagogInnen, eine solche Differenzierung vorzunehmen. Damit wird der Bedarf deutlich, sich hinsichtlich des akzeptierenden Ansatzes in der Arbeit mit rechten Jugendlichen fachlich auszutauschen.

2. (Freizeit-) Angebote für Mädchen

Einige MitarbeiterInnen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit berichteten von Mädchenspezifischen Angeboten in ihren Einrichtungen. Über diese Angebote, welche den Schilderungen nach an jugendspezifischen weiblichen Interessen und Problemen ausgerichtet sind, ist offenbar auch ein Zugang zu rechten Mädchen möglich.

So beschrieb eine Fachkraft Mädchenkreise in ihrer Institution, bei denen Schönheitsfragen als Einstieg gewählt wurden: „Anfangen haben wir einfach mit so einem ‚Beautytag‘, einem Schönheitstag: Wie macht man eine Maske. Das hatte ihnen gefallen, das wollten sie dann immer wieder und sie sind immer offener geworden ...“. Darauf folgten auch „Problemstage“, an denen Gewalt in der Beziehung oder der Familie im Fokus der Gespräche standen, was nicht zuletzt zu den Alltagserfahrungen vieler rechtsorientierter Gruppenteilnehmerinnen gehört. Ziel der Arbeit mit ihnen sei es, dass sie unter anderem über die intensive Auseinandersetzung mit diesen Inhalten „irgendwann den Absprung schaffen, dass sie merken, dass sie benutzt werden“. Die Themen der Mädchenkreise seien dabei bewusst politisch neutral und Mädchenspezifisch gewählt. Nur so könne die Befragte weibliche Jugendliche rechter Cliquen erreichen, denn diese stünden unter Kontrolle der Jungen. An einem Kreis teilzunehmen, bei dem es ausschließlich um Mädchenprobleme gehe, werde ihnen „erlaubt“.

In den Angeboten für Mädchen wird das oben beschriebene Dilemma, einerseits offen für die Sorgen und Nöte der Adressatinnen zu sein, andererseits rechte Orientierungen zu unterbinden, wiederum deutlich. So betonte eine Interviewte, dass in ihrem Mädchentreff oder Koch- und Backkurs „keine politischen Gespräche stattfinden“, wohl aber private Gespräche, bei denen man „staunt, was die alles erzählen“. Hier stellt sich die Frage, ob der kritische Blick auf die politische Gesinnung in den Hintergrund gerät, um sich den Problemlagen der Mädchen anzunähern, oder ob dieser gar wegfällt, um die einmal aufgebauten Beziehungen nicht zu gefährden.

3. Konfrontieren: Rechte Argumentationen hinterfragen und widerlegen

Mehrere der Befragten diskutieren ihren Angaben nach mit Jugendlichen über deren rechtsgerichtete Äußerungen oder Verhaltensweisen. Welche Argumentationsstrategien sie dabei als effektiv betrachten, an welche Probleme und Grenzen sie stoßen und welche Relevanz sie politischen Streitgesprächen mit Jugendlichen beimessen, lässt sich an einzelnen Zitaten verdeutlichen.

„Was die dann eigentlich zum Nachdenken gebracht hat, ist, als ich gesagt habe: ‚Wisst ihr, was die für ein Frauenbild haben? ... Die Frau gehört eigentlich nach Hause! Sie hat viele Kinder zu kriegen und sich um den Haushalt zu kümmern, und dann ist die Aufgabe der Frau erledigt!‘ Und da waren sie sehr erschrocken ... Also damit konnte man gerade bei den Mädchen argumentieren. Bei vielen anderen Dingen sagen sie eben: ‚Nö, sehen wir nicht ein! Die Ausländer sollen halt einfach raus! Die stören halt einfach!‘ Aber wenn’s dann ans Eigene geht, ist es unangenehm.“

Das Ansprechen von Themen, die die Mädchen direkt betreffen, wurde hier als wirkungsvolle Methode herausgestellt, um ein Nachdenken über politische Einstellungen zu bewirken.

Ein anderer Interviewter beschrieb wiederum die Schwierigkeit, rechten Vorurteilen zu begegnen, wenn die Jugendlichen sich auf eigene Erfahrungen beziehen.

„Es sind die klassischen Sachen: Ausländer nehmen uns die Arbeit weg! Und dafür werden auch Beispiele gebracht, die durchaus schwer zu widerlegen sind, in den Einzelfällen ... Viele unserer Jugendlichen sind auf dem Bau tätig oder Fernfahrerinnen und Fernfahrer. Und das sind so Berufe, wo ich mich auch belehren lassen muss, dass da

durchaus eine vermeintliche Gruppe von Ausländerinnen und Ausländern einen immer größeren Stellenwert bei den Arbeitsplätzen einnimmt und sich das dann auf reale oder befürchtete Arbeitsplatznot bei einzelnen Jugendlichen niederschlägt. Das ist was, das sich aus der persönlichen Betroffenheit her schwer widerlegen lässt. Es muss ja auch gar nicht widerlegt werden ... Es ist nicht die Aufgabe zu sagen: ‚Du hast Unrecht mit deinen Erfahrungen die du gemacht hast‘, sondern: ‚Versuch bitte nicht, das zu projizieren auf eine Gruppe, die du dir selbst zusammenbaust.‘“

In beiden Passagen wird die Meinung der Interviewten deutlich, dass es notwendig ist, auf provokante Sprüche und Verhaltensweisen Jugendlicher zu reagieren. Wenn jedoch überzeugende Argumente seitens der pädagogischen Fachkräfte fehlen, besteht die Gefahr, dass die rechtsorientierten Heranwachsenden gestärkt aus der Diskussion herausgehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die SozialarbeiterInnen kontinuierlich und aktuell über die rechte Szene zu informieren und Argumentationstrainings durchzuführen.

Eine Jugendarbeiterin verwies auf die Grenzen verbaler Interventionen, die der Träger vorgebe, indem er sein Leitbild als „politisch und ethisch neutral und offen“ formuliert habe. Da die NPD keine verbotene Partei ist, könne gegen ihre BefürworterInnen auch nicht vorgegangen werden. So sei es die Strategie der Interviewten, mit den betreffenden Jugendlichen „ins Gespräch zu kommen“, wenn diese zum Beispiel NPD-Anträge stellen, und nicht „mit dem erhobenen Zeigefinger“ zu argumentieren: „Eher zu schauen: Was machst du da eigentlich? Bist du das wirklich? Stehst du überhaupt dahinter? Was bedeutet das für dich?“

Ein anderer Interviewpartner betonte die politische Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Mädchen und Jungen als wesentliche Aufgabe der Jugend- und Sozialarbeit: „... das fängt aus meiner Sicht bei Schwulenfeindlichkeit an. Da muss ich sagen: ‚Leute, das ist genau das, was ich nicht hören will.‘ Dann darf ich aber nicht sagen: ‚Und jetzt ist vorbei, sondern: ‚Aber hallo, warum?‘ Die Diskussionen und Auseinandersetzungen sind zu führen. Diese Jugendlichen haben kaum eine Chance, sie mit anderen zu führen. Also die Eltern sind dafür tabu ... Lehrerinnen und Lehrer nehmen sich die Zeit nicht, sind zum Großteil wahrscheinlich auch verunsichert in diesen Problematiken. Wer steht denn dann noch zur Verfügung? Und dann sind wir es, die unsere Zeit zur Verfügung stellen müssen.“ Aus diesem Standpunkt lässt sich besonders deutlich das bereits mehrfach beschriebene Dilemma nachvollziehen, vertrauensvolle/r AnsprechpartnerIn der Jugendlichen und gleichzeitig ihr konsequenter Gegenpart bei rechtsorientierten Äußerungen und Handlungen zu sein.

4. Grenzsetzungen durch Regeln, Hausordnungen, Verbote, Anzeigen

Verfassungsfeindliche Symbole, Musik und Kleidung scheinen unter den in ländlichen Regionen Sachsens lebenden Jugendlichen weit verbreitet zu sein. Ob Schule, selbst verwaltete Jugendclubs oder offene Jugendarbeit – aus allen Arbeitsfeldern wurde in den Interviews der Umgang mit solchen Grenzüberschreitungen thematisiert. Die folgenden Zitate aus zwei verschiedenen Praxisbereichen lassen erkennen, dass es die hier favorisierte Strategie ist, eindeutige Regeln zu setzen und bei deren Missachtung konsequent einzugreifen.

„Es ist die Aufgabe, dass alles, was gesehen wird, angezeigt wird ... Sobald jemand was Verfassungswidriges trägt oder sobald ganz klar ist, dass da ein Bruch mit dem Gesetz ist, ... wird er angezeigt. Auch wenn’s teilweise von der Polizei dann nicht weiter verfolgt wird. Aber die Schule positioniert sich erst einmal und bekennt sich dazu. Es gibt auch einen Fundus an T-Shirts, beim Direktor liegend. Wenn jemand zum Beispiel ein verbotenes T-Shirt anhat oder eines, wo etwas draufsteht, das eindeutig in die Richtung geht, muss er ein anderes T-Shirt drüberziehen ...“

„Wir haben uns eine ganz, ganz strenge Hausordnung geschaffen ... Da gibt’s nichts mit Springerstiefeln rein, da gibt’s nichts mit Musik spielen, egal ob rechts oder links! Auch keine verbotenen Symboliken ... Wir haben die Jugendlichen dazu genommen und gesagt: ‚Okay, das ist unsere Hausordnung, und wer die Hausordnung anerkennt, kann rein, alle anderen bleiben draußen.‘“

Da sich die rechte Szene in ihrer Symbolverwendung schnell wandelt, gilt es, Verbote

und Regeln ständig zu aktualisieren. Viele der Befragten stehen ihren Äußerungen nach unter dem Druck, sich diesbezüglich fortwährend auf dem zu Laufenden halten. Dabei komme es quasi zum ‚Wettbewerb‘ zwischen den Fachkräften und rechtsextremen Jugendlichen, in dem Letztere oftmals führend seien.

„Wir machen eigentlich auch unsere Mitarbeiter sehr, sehr sattelfest. Dass die [Jugendlichen] immer wissen: Aha, alle sind informiert. Sie probieren’s auch aus, um herauszufinden: Wie weit kann ich gehen? Wie weit wissen die überhaupt, was verboten ist? Was ich darf und was ich nicht darf. Oftmals stehen sie dann nämlich auch über uns.“

Um diesen Wettstreit zu umgehen, werden in einem anderen Beispiel nach Aussagen einer Jugendarbeiterin generelle Formulierungen gewählt, die über die offiziellen Verbotslisten hinausgehen: „Die Verbote hinken ja auch immer ein bisschen hinterher, und wir können auch nicht permanent die Listen auspacken, sondern da muss schon konkret stehen: ‚Menschenverachtende, diskriminierende Texte sind nicht erlaubt!‘“ Zusätzlich zu den Regelsetzungen ist eine verlässliche Unterstützung der (selbst verwalteten) Jugendclubs durch die jeweilige Gemeinde erforderlich, um die Jugendlichen gegen rechte Gruppen zu schützen. Da die JugendarbeiterInnen nicht immer vor Ort seien, müssten die Heranwachsenden auch darin bestärkt werden, bei rechtsgerichteten Grenzverletzungen selbst einzugreifen.

Die Chancen und Risiken pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen werden im Umgang mit Grenzsetzungen besonders deutlich. Die Fachkräfte brauchen Gelegenheit, um Erfahrungen und Positionen im Hinblick auf Interventionen und Grenzsetzungen regelmäßig zu thematisieren und auszutauschen.

Ein Beispiel:

Verknüpfung politischer Bildung und Mädchenarbeit

„Mädchenpower gegen Rechts“:

Ferienfreizeit zur Arbeit an einem politischen Thema

Die LAG „Mädchen und junge Frauen in Sachsen“ e.V. organisierte vom 15.10. bis 21.10.2006 ein Mädchen - Mediacamp, in dem Filme von Mädchen für Demokratie und Toleranz entstanden.

Das Mädchen-Mediacamp richtete sich an Schülerinnen aus Sachsen im Alter von 12 bis 16 Jahren. Die Einladung ging an Mädchen- und Jugendtreffs, Schulen und lokale Presseagenturen. Das Projekt wollte Schülerinnen Wissen vermitteln, sie sensibilisieren und befähigen, sich mit dem Thema Rechtsorientierung und Rechtsextremismus auseinander zu setzen. Zur Vermittlung der angestrebten Kompetenzen wurde das Medium Video gewählt.

Die Arbeit mit dem Medium Film war ein guter Zugang zu dem Thema. Die Teilnehmerinnen - aus Förder- und Mittelschulen sowie Gymnasien - fanden gleichermaßen Freude an der kreativen und technischen Umsetzung der gewählten Thematik in Bild und Ton. Durch das positive Erleben und Erkennen ihrer eigenen Stärken und durch das Erleben ihrer vielfältigen Fähigkeiten erhielten sie Technik- und Medienkompetenz und über die Woche hinausgehend, Anregungen für eine berufliche Orientierung im Medienbereich.

Zu Beginn des Medienprojektes stand für die teilnehmenden Schülerinnen fest: Wir möchten etwas gegen Rechtsextremismus unternehmen. In welche Richtung ihr Engagement dabei gehen sollte, war den meisten anfangs unklar. Den Teilnehmerinnen wurden Medienpädagoginnen zur Seite gestellt, die bei der Findung und Umsetzung der Ideen halfen und eine Einweisung in die Medientechnik gaben. Die Mädchen arbeiteten in Teams zusammen und entwarfen ein Drehbuch, filmten die einzelnen Szenen und fertigten im Anschluss den Ton- und Bildschnitt an. Zur inhaltlichen Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus kooperierten wir mit dem Politischen Jugendring Dresden und der Opferberatungsstelle Dresden.

Entstanden sind drei Videoclips, die Zeichen gegen die rechtsextreme Ideologie und rechtsextreme Ausschreitungen setzen. Die Clips wurden von Schülerinnen verschiedener Schultypen gestaltet und können im Rahmen von schulischen und außerschulischen Projekten für Demokratie und Toleranz eingesetzt werden.

Der erste Clip setzt ein symbolisches Zeichen gegen ausländerfeindliche Parolen im All-

tag. Bei der Umsetzung dieser heiklen Thematik wurde auf Humor und aussagekräftigen Bildwitz nicht verzichtet.

Der zweite Clip appelliert an die Zivilcourage jedes Einzelnen. Die jungen Frauen möchten in diesem Kurzfilm zeigen, dass es wichtig ist, Opfern von rechter Gewalt zu helfen. Darüber hinaus möchten sie auffordern, sich zu trauen, rechte Gewalt zur Anzeige zu bringen.

Der dritte Clip befasst sich mit dem Thema Homosexualität. Die jungen Frauen setzten hier anschaulich um, dass gleichgeschlechtliche Liebe zur Normalität des Lebens gehört und Respekt erfordert.

Des Weiteren sind auf der CD Interviews zu finden, die von den Teilnehmerinnen zu Beginn des Workshops gedreht wurden. Hier äußerten die jungen Frauen ihre Meinung zur Thematik Rechtsextremismus und berichten von eigenen Erfahrungen und Ängsten.

Ergänzend zur DVD wurde eine Arbeitshilfe zusammengestellt, welche Hinweise zur Konzipierung und zur Durchführung von geschlechtshomogenen Medienprojekten gibt. Nähere Informationen und Kontakte: www.maedchenarbeit-sachsen.de

Wir fragten die Mädchen

Drei Monate nach dem Mädchenmediencamp gab es ein Austauschtreffen aller Beteiligten. Wir fragten die Mädchen, wie die Videoclips bei Eltern und Gleichaltrigen ankamen und waren neugierig, ob das Camp für sie Nachhaltiges gebracht hat (hier Auszüge):

Hat sich für euch seit dem Mediencamp etwas verändert? Wenn ja, was?

„Ich bin ganz anders geworden, alle sagen ich habe mehr Selbstvertrauen bekommen.“

„Eigentlich hat sich nichts verändert, aber ich bin sehr stolz auf die Spots, und ich freue mich, das ich mich angemeldet habe.“

„Ja, ich glaube ich bin mehr „links“ geworden, ansonsten hat sich nichts geändert.“

„Ich habe die Erfahrung gemacht, wie es ist selber Filme zudrehen und wie schwierig das ist, und ich habe auch viele nette Freunde gefunden.“

Was denkt ihr, warum Mädchen in die rechte Szene gehen bzw. warum manche Mädchen „Rechtssein“ cool finden?

„Manche Mädchen finden „Rechts“ cool, weil sie sich dadurch stark fühlen.“

„... weil sie selbst cool sein wollen.“

„Ich denke, dass Mädchen die „Rechts“ sind bloß angeben wollen.“

„Sie wollen sagen, dass sie stark sind und zu Hitler stehen.“

„... weil Mädchen es schwer haben in den Cliques unter zukommen.“

„Sie suchen Anerkennung/ wollen dazu gehören und cool sein.“

„... weil sie denken dann was besonderes zu sein.“

„...wegen den coolen Klamotten.“

„...wegen den Jungs“ „... um Jungs zu beeindrucken“

„...„cool“ weil sie keine eigene Persönlichkeit/ Selbstbewusstsein haben und denken sie müssen den Jungs folgen.“

„Vielleicht sind sie ihren Freunden gefolgt?“

„... dass sie den anderen was beweisen wollen.“

„... weil sie bestimmt manche verkloppen wollen.“

„... weil sie „Links“ bestimmt nicht leiden können.“

Was kann man dagegen tun? Eure Ideen:

„Menschen mit rechter Meinung nicht tolerieren, Mund aufmachen!“

„...über so etwas reden und denjenigen klar machen, was es bedeutet.“

„Ich würde mit ihnen reden, ob es wirklich ihr Leben wert ist.“

„Ich würde sagen, dass man ihnen sagt, dass sie sich überlegen sollen zu wem sie stehen.“

„... versuchen andere Leute zu überzeugen, dass „Rechts“ nicht so toll ist.“

„... mit den Menschen reden, oder dann aus dem Weg gehen.“

„ ... Mädchen klar zumachen, sie selber zu sein.“

„Sich mit anderen Leuten zusammen tun, die ebenfalls etwas gegen „Rechts“ unternehmen wollen.“

„ ... Projekte wie diese weiterführen, oder an den Schulen Projektstage führen.“

„Solche Projekte wie das Mädchenmediencamp anbieten.“

Warum Mediencamps mit Mädchen

Mädchen nutzen das Medium Film, um die Themen, die sie interessieren oder betreffen, umzusetzen. Mädchen entwickeln Technikkompetenz und entdecken ihre Interessen. Sie erweitern somit ihren Berufswahlhorizont. Mädchen schreiben Drehbücher, filmen, schneiden und vertonen. Sie sind die „Macherinnen“, entwickeln neue Stärken und erweitern so auch ihr Selbstbewusstsein.

Warum Mediencamps nur mit Mädchen

Mädchen haben ebenso viel Lust und Interesse an Technik wie Jungen.

Sie nehmen sich jedoch oftmals zurück, wenn Jungen im Raum sind.

Deshalb brauchen Mädchen geschlechtshomogene Räume, um sich ohne Beobachtung und Bewertung die Technik zu Eigen machen zu können.

Mädchen beschäftigen andere Themen als Jungen. Für diese ist hier Platz.

Über Medien werden immer noch weibliche Stereotype transportiert. Diese können hier entdeckt und verändert werden.

5. Mädchen und Jungen stärken, Demokratie fördern

Wiederkehrend wurde in den Interviews das Bestreben betont, die Heranwachsenden in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, sie darin zu unterstützen, eigene Perspektiven zu entwickeln, anstatt sich von der rechten Szene leiten zu lassen.

„Wir arbeiten mit rechtsorientierten Jugendlichen, die noch nicht so richtig wissen, wo sie hingehören und die immer dabei sind, wenn irgendwo etwas in der Stadt war, was mit Rechten zu tun hatte. Da stellten wir uns einfach immer daneben und haben gesagt: Mit denen wollen wir arbeiten. Denen wollen wir einfach ´ne andere Möglichkeit geben, ´ne interessante Möglichkeit der Freizeitgestaltung, so dass wir sie an uns binden und nicht da raus in die Szene lassen.“

Das Zitat stellt die Notwendigkeit heraus, mit Alternativangeboten eine enge Beziehung zu den Heranwachsenden aufzubauen, damit diese nicht in die rechte Szene abwandern. Wie eine andere Befragte ausführte, soll mit diesen Angeboten aufgezeigt werden: „Auch hier kannst du machen, auch hier kannst du dich verwirklichen, auch hier kannst du ´ne Lebenseinstellung für dich finden. Und da sollte man gar nicht so sehr auf das andere eingehen, sondern denen einfach nur einen Gegenpol [bieten]. Dass sie dann selbst entscheiden können. Also dafür muss ich gute Arbeit machen, denn die [NPD] macht auch verdammt gute Arbeit in ihrem Bereich, um Jugendliche zu ziehen.“ Hier sei erneut auf die Gefahr verwiesen, die pädagogischen Ziele lediglich in Abgrenzung und Konkurrenz zur Jugendarbeit der NPD zu formulieren, anstatt eigene Inhalte zu entwickeln.

Den Interviewten der Mobilien Jugendarbeit gehe es vor allem darum, das demokratische Miteinander der Jugendlichen in den selbst verwalteten Clubs zu fördern. „Na, auch unser Anliegen ist in jeder Gruppe erst einmal eine Demokratieförderung, schon in den Clubstrukturen: Wir legen großen Wert darauf, dass ein Vorstand gewählt wird, dass das die gesamte Mitgliederversammlung macht, dass der Vorstand nicht entscheidet, sondern Entscheidungen durchsetzt oder mit durchsetzt. Und dass die da einfach in ihrem Miteinander ganz stark Demokratie erleben. Dass jeder gefragt wird zu bestimmten Sachen ... Und das setzen wir natürlich noch ein Stück weit bewusster und intensiver ein bei Gruppen, wo wir eben merken: Hier ist irgendwas am Laufen.“

Diese Intensivierung der pädagogischen Bemühungen bei Cliques mit rechten Tendenzen setzt ausreichende Kenntnisse der MitarbeiterInnen über die jeweiligen Clubstrukturen voraus.

6. Gedenkstättenarbeit und pädagogisch initiierte Begegnungen

„Wir machen jedes Jahr eine Auschwitz-Fahrt. Vielleicht sollte man das ausbauen. Vielleicht sollte ich mir Jugendliche schnappen und mit denen nach Kreuzberg fahren. Das sind alles denkbare Sachen, die auch sicher Früchte bringen würden, aber die Begegnung mit anderen Menschen allein ist aus meiner Sicht ... keine Lösung solcher Tendenzen ... dann kann man sagen: ‚Ja, ich kenne auch Ausländer, die sind anders, aber ...‘“

Das ist eines der wenigen Zitate, die direkt Gedenkstättenarbeit und pädagogisch initiierte Begegnungen ansprechen. In diesem wird die Ansicht deutlich, dass solche Angebote die Jugendarbeit mit rechtsorientierten Mädchen und Jungen zwar sinnvoll bereichern können, allein jedoch für einen Orientierungswandel nicht ausreichen. Denn die AdressatInnen würden ihre dadurch hinzugewonnenen Erfahrungen von ihren rechtsgerichteten Ansichten differenzieren. Dennoch sei es notwendig, Konzepte interkultureller Arbeit in den Regionen zu entwickeln.

Weiterführende Überlegungen zum Referat am 11.12.08 in Meißen

Auszug aus dem Projektbericht „Mädchen und Frauen für ein tolerantes Sachsen“ des Projektes der LAG Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V. (2006) in Kooperation mit der Sächsischen Landjugend e.V. und dem Landesfrauenrat Sachsen e.V.; veröffentlicht in: „Keine Unschuld vom Lande. Rechte Mädchen und junge Frauen in ländlichen Regionen Sachsens“ (Hrsg. Landesfrauenrat Sachsen e.V.), ausführende Wissenschaftlerin des Forschungsprojektes: Cathleen Wasniewski, wissenschaftliche Begleitung: Prof. Heide Funk, Prof. Gudrun Ehlert

○ Simone Kruschwitz,
Dipl. Soziologin / Dipl. Sozialpädagogin, Mitarbeiterin der Fachstelle für Mädchenarbeit und Genderkompetenz in Sachsen sowie der Landesarbeitsgemeinschaft „Mädchen und junge Frauen in Sachsen“ e.V. (LAG), Schwerpunktthemen sind Mädchenpolitik, Gewalt an Mädchen und jungen Frauen, geschlechtsbewusste Vorschulpädagogik.
<http://www.maedchenarbeit-sachsen.de>

Wer hat Mut VORM BRAUNEN MANN?

Die Herausforderung zur politischen
Verantwortung in der Jugendarbeit



Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Sachsen e.V.

AGJF Sachsen e.V.
Neefestraße 82
09119 Chemnitz

TEL	(0371) 533 64 - 0
FAX	(0371) 533 64 - 26
WEB	www.agjf-sachsen.de
E-Mail	info@agjf-sachsen.de